



Brüssel, den 30. September 2016
(OR. en)

12607/16

SOC 566
EMPL 376
ECOFIN 838
EDUC 303

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Ausschuss für Sozialschutz
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil) / Rat
Betr.:	Anzeiger für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes (SPPM) – Bericht über die zentralen sozialen Herausforderungen und wichtigste Botschaften des Ausschusses für Sozialschutz – Billigung

Die Delegationen erhalten anbei den "Bericht über die zentralen sozialen Herausforderungen", der auf der Grundlage der jährlichen Überprüfung des Anzeigers für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes (SPPM) und der Entwicklungen im Bereich der Sozialschutzpolitik durch den Ausschuss für Sozialschutz (SPC) für das Jahr 2016 erstellt wurde und dem Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) auf seiner Tagung am 13. Oktober 2016 vorgelegt werden soll.

Die zentralen Botschaften, die sich aus dem Bericht ergeben, sind in Dokument 12606/16 enthalten.



*Jährliche Überprüfung des Anzeigers für die Leistungsfähigkeit
des Sozialschutzes (SPPM) und der Entwicklungen im Bereich
der Sozialschutzpolitik (2016) durch den Ausschuss für
Sozialschutz (SPC)*

*Bericht über die zentralen sozialen Herausforderungen und wichtigste
Botschaften*

Inhalt

I. Einleitung	3
II. Fortschritte bei dem in der Europa-2020-Strategie festgelegten Ziel der Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung	4
III. Überblick über die soziale Lage in der Europäischen Union	8
Anzeiger für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes – Übersicht.....	16
Jüngste Ergebnisse der Auswertung der für 2015 vorliegenden EU-SILC-Daten.....	19
IV. Die wichtigsten neueren sozialpolitischen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten der EU	23
Soziale Inklusion, Armutsminderung und Inklusion der Roma	23
Angemessene und finanziell tragfähige Renten	24
Eine allen zugängliche, hochwertige und finanziell tragfähige Gesundheitsversorgung	25
Angemessener Sozialschutz für Langzeitpflege	26
V. Zentrale Herausforderungen und positive Ergebnisse im sozialen Bereich: Zusammenfassung der Feststellungen	27
Übersichtstabelle der zentralen sozialen Herausforderungen und positiver sozialer Ergebnisse 2011-2014	32
Verzeichnis der Anlagen	34

Abkürzung	Vollständige Bezeichnung
EU28	Europäische Union (28 Länder)
EU27	Europäische Union (27 Länder)
EA18	Euro-Währungsgebiet (18 Länder)
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
DE	Deutschland
EE	Estland
IE	Irland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
HR	Kroatien
IT	Italien
CY	Zypern
LV	Lettland
LT	Litauen
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PL	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SI	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich

I. Einleitung

In dieser Ausgabe des Jahresberichts des Ausschusses für Sozialschutz (SPC) werden die beiden früheren SPC-Jahresberichte über die soziale Lage in den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union sowie die jährliche Überprüfung der jüngsten sozialpolitischen Reformen, die als Teil seines Mandats gemäß Artikel 160 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erstellt wurden, zusammengeführt.

Der SPC ist ein beratender Ausschuss, der ein repräsentatives multilaterales Forum für Koordinierung, Dialog und Zusammenarbeit auf EU-Ebene im Bereich der Sozialpolitik bietet. Er bringt Entscheidungsträger aller EU-Mitgliedstaaten und der Kommission zusammen, um den "Policy-Mix" festzulegen, zu erörtern und umzusetzen, der am besten geeignet ist, um auf die verschiedenen Herausforderungen, mit denen die Mitgliedstaaten im Bereich der Sozialpolitik konfrontiert sind, zu reagieren. Er nutzt die offene Methode der Koordinierung im Sozialbereich als zentralen strategischen Rahmen, der alle wesentlichen Elemente der Sozialpolitik – soziale Inklusion, Renten, Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege – umfasst, und konzentriert seine Tätigkeit auf diese Elemente.

Im Wesentlichen verfolgt der Ausschuss für Sozialschutz mit seinem Jahresbericht 2016 das Ziel, sein Mandat zu erfüllen und durch seine Analyse einen Beitrag zu den Arbeiten des Rates zu leisten; anhand dieses Beitrags legt der Rat fest, welche wesentlichen sozialpolitischen Prioritäten er der Kommission im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Jahreswachstumsberichts 2017 empfiehlt. Der Bericht, dem der Anzeiger für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes (SPPM) und die Sozialberichterstattung der Mitgliedstaaten zugrunde liegen, dient folgenden Zielen:

i) Analyse der **sozialen Lage**¹, insbesondere der Fortschritte bei der Verwirklichung der Zielvorgaben der Strategie Europa 2020 zur Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der jüngsten gemeinsamen sozialen Entwicklungen, die im Auge behalten werden müssen, **und der jüngsten sozialpolitischen Entwicklungen in Europa** und ii) **Ermittlung der zentralen strukturellen sozialen Herausforderungen, mit denen die einzelnen Mitgliedstaaten konfrontiert sind, sowie deren positive soziale Ergebnisse**. In gesonderten Anhängen zu dem Bericht finden sich eingehendere Untersuchungen der jüngsten sozialen Entwicklungen und der jüngsten sozialpolitischen Reformen und Initiativen sowie die politischen Schlussfolgerungen aus den jüngsten eingehenden themenbezogenen Überprüfungen und Begutachtungen durch Fachkollegen (Peer Review) unter der Schirmherrschaft des SPC, eine Zusammenfassung der im Laufe des letzten Jahres angenommenen Schlussfolgerungen des Rates zu Themen des Sozialschutzes und ausführliche SPPM-Länderprofile für alle Mitgliedstaaten.

¹ Die in diesem Bericht aufgeführten Zahlen basieren – sofern nicht anders angegeben – auf den Daten, die um den 17. Mai 2016 vorlagen.

II. Fortschritte bei dem in der Europa-2020-Strategie festgelegten Ziel der Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Die Tatsache, dass sich die Staats- und Regierungschefs der EU 2010 dazu verpflichtet haben, im Rahmen der Strategie Europa 2020 die Zahl der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, um mindestens 20 Millionen zu verringern², hätte einen erheblichen Schritt nach vorne bedeuten können. Im Rahmen dieser Verpflichtung wurde die gleichrangige Bedeutung von inklusivem Wachstum und wirtschaftspolitischen Zielen für die Zukunft Europas betont und eine neue Regelung zur Überwachung und Rechenschaftspflicht eingeführt³. Im Rahmen der Strategie Europa 2020 legen die Mitgliedstaaten die nationalen Ziele zur Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung fest (Tabelle 1). Allerdings bleibt die Summe der Ziele der einzelnen Mitgliedstaaten zur Verringerung von Armut weit hinter der Verpflichtung auf EU-Ebene zur Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung (20 Millionen) zurück; zudem basieren sie nicht immer auf dem Kernzielindikator der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen (AROPE).

In 8 Mitgliedstaaten ist der Anteil der Bevölkerung, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht ist, 2014 zwar signifikant zurückgegangen, und in nur 2 Mitgliedstaaten war ein signifikanter Anstieg zu beobachten, doch deutet auf EU-Ebene der EU-Gesamtwert für die Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen (AROPE) immer noch auf eine anhaltende Stagnation auf hohem Niveau hin. Die jüngsten Zahlen zum EU-Gesamtwert für Einkommen und Lebensbedingungen in der EU zeigen, dass die EU derzeit keine nennenswerte Fortschritte bei der Erreichung ihrer Zielvorgabe macht, die Zahl der Menschen, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, bis 2020 um mindestens 20 Millionen zu verringern, und tatsächlich deutlich weiter von diesem Ziel entfernt ist als im Jahr 2008. 2014 gab es in der EU28 um 4,6 Millionen mehr Menschen, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht waren, als im Jahr 2008⁴; das heißt insgesamt waren es 122,2 Millionen oder nahezu jeder vierte Europäer. Der geringfügigen Veränderung der AROPE-Quote liegen stärkere Veränderungen ihrer Komponenten zugrunde – mit einer deutlichen Verringerung der starken materiellen Deprivation, die mehr oder weniger dadurch aufgewogen wird, dass der Anteil der Menschen, die in Haushalten ohne (nennenswertes) Erwerbseinkommen leben, und insbesondere der Menschen, die von Armut bedroht sind, zunimmt.

² Das EU-Ziel der Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung basiert auf einer Kombination von drei Indikatoren: die Armutsgefährdungsquote, die Quote der schweren materiellen Deprivation sowie der Anteil der Personen, der in Haushalten ohne (nennenswertes) Erwerbseinkommen lebt (d. h. Haushalte mit sehr geringer Erwerbsintensität). Es stellt auf Personen ab, die in eine der drei Kategorien fallen, und auch wenn es sehr weit gefasst ist, werden die vielen Facetten von Armut und sozialer Ausgrenzung in ganz Europa erfasst. Diese Definition geht über den üblichen Begriff der relativen Einkommensarmut hinaus und deckt auch die nicht einkommensbedingte Dimension von Armut und Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt ab.

³ KOM(2010) 758 endg.

⁴ Aufgrund der Datenverfügbarkeit das Bezugsjahr für die 2010 verabschiedete Zielvorgabe.

In Tabelle 1 ist die Zeitreihe seit 2005 für den EU27-Gesamtwert aufgeführt⁵. Hinter dem allgemeinen Trend verbergen sich jedoch nach wie vor Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Zwischen 2008 und 2014 war vor allem in den von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffenen Ländern (CY, EL, IE, ES und IT) ein Anstieg der AROPE-Quote zu verzeichnen; dieser Anstieg setzte sich in einigen osteuropäischen Ländern, die mit den größten Herausforderungen im Zusammenhang mit Armut und sozialer Ausgrenzung konfrontiert sind (BG, HU), fort, wurde aber auch in Ländern wie Malta erstmals festgestellt – auch wenn sie noch unter dem EU-Durchschnitt liegen –, und sogar in Ländern mit sehr niedrigen AROPE-Quoten und soliden Sozialsystemen wie LU und SE. Die AROPE-Quote ist in AT, BE, CZ, DE, FI, FR, LV, LT, NL, PT und UK im Vergleich zu 2008 mehr oder weniger stabil geblieben, während sie in lediglich drei Ländern der gesamten EU gesunken ist, und zwar in PL, RO und SK (Tabelle 2). Im Gegensatz zu dem allgemeinen Trend zur weiteren Verschlechterung in den Jahren seit Ausbruch der Krise haben verschiedene Mitgliedstaaten zwischen 2013 und 2014 signifikante Verbesserungen verzeichnet, insbesondere IE, HU, LV und LT.

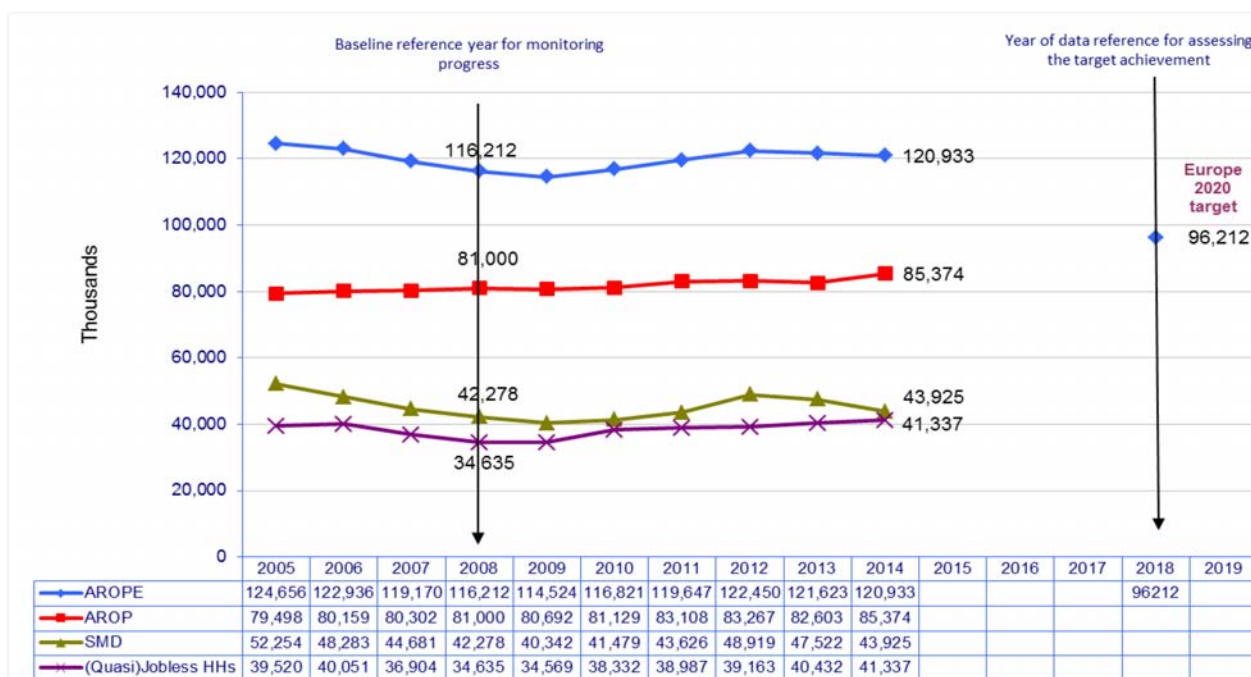
⁵ Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die hier aufgeführten Zahlen auf den EU27-Gesamtwert beziehen, da die verfügbaren Zeitreihen für den EU28-Gesamtwert nicht bis 2005 zurückreichen.

Tabelle 1. Europa-2020-Ziel: Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung
– nationale Ziele

	National 2020 target for the reduction of poverty or social exclusion (in number of persons)
EU28	20,000,000
BE	380,000
BG	260,000 persons living in monetary poverty*
CZ	100,000
DK	Reduction of the number of persons living in households with very low work intensity by 22,000 by 2020*
DE	Reduce the number of long-term unemployed by 320,000 by 2020*
EE	Reduction of the at risk of poverty rate after social transfers to 15%, equivalent to an absolute decrease by 36,248 persons*
IE	Reduce the number of person in combined poverty (either consistent poverty, at-risk-of-poverty or basic deprivation) by at least 200,000*
EL	450,000
ES	1,400,000-1,500,000
FR	1,900,000
HR	Reduction of the number of persons at risk of poverty or social exclusion to 1,220,000 by 2020
IT	2,200,000
CY	27,000 (or decrease the percentage from 23.3% in 2008 to 19.3% by 2020)
LV	Reduce the number of persons at the risk of poverty and/or of those living in households with low work intensity by 121 thousand or 21 % until 2020*
LT	170,000 (and the total number of people at risk of poverty or social exclusion must not exceed 814,000 by 2020)
LU	6,000
HU	450,000
MT	6,560
NL	Reduce the number of people aged 0-64 living in a jobless household by 100,000 by 2020*
AT	235,000
PL	1,500,000
PT	200,000
RO	580,000
SI	40,000
SK	170,000
FI	140,000 (Reduce to 770,000 by 2020 the number of persons living at risk of poverty or social exclusion)
SE	Reduction of the % of women and men aged 20-64 who are not in the labour force (except full-time students), the long-term unemployed or those on long-term sick leave to well under 14%*
UK	New statutory and non-statutory Life Chances measures*

Quelle: Nationale Reformprogramme. Anmerkungen: *Mitgliedstaaten, die ihr nationales Ziel im Verhältnis zu einem anderen Indikator als dem EU-Kernzielindikator (AROPE) angegeben haben. Für einige dieser Mitgliedstaaten (BG, DK, EE, LV) wird es als eine oder mehrere Komponenten der AROPE ausgedrückt, für die anderen (DE, IE, NL (unterschiedliche Altersgruppen), SE und UK (Zielvorgabe ist noch festzulegen)) entspricht das Ziel jedoch weder der Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen noch der Standarddefinition einer oder mehrerer ihrer Komponenten.

Abbildung 1: Entwicklung bei dem im Rahmen der Strategie Europa 2020 verfolgten Ziel für Armut und soziale Ausgrenzung in der EU27 (Zahlenangaben in Tausend)



Quelle: Eurostat (EU-SILC)

Anmerkung: AROPE – Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen (at risk of poverty or social exclusion); AROP – Armutsgefährdungsquote (at risk of poverty); Haushalte ohne (nennenswertes) Erwerbseinkommen – Anteil der in Haushalten ohne (nennenswertes) Erwerbseinkommen lebenden Bevölkerung (d. h. Haushalte mit sehr geringer Erwerbsintensität); SMD – Quote der starken materiellen Deprivation (severe material deprivation). Für die Armutsgefährdungsquote gilt als Einkommensbezugsjahr das Kalenderjahr vor dem Erhebungsjahr; hiervon ausgenommen sind das Vereinigte Königreich (Erhebungsjahr) und Irland (Zwölfmonatszeitraum vor der Erhebung). Entsprechend bezieht sich die Quote der Haushalte ohne (nennenswertes) Erwerbseinkommen (d. h. mit sehr geringer Erwerbsintensität) auf das vorangegangene Kalenderjahr, während das Bezugsjahr für die Quote der starken materiellen Deprivation das laufende Erhebungsjahr ist.

Abbildung 2: Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen (in %), Entwicklung (in Prozentpunkten) in den Zeiträumen 2013-2014 und 2008-2014

	EU28	EU27	EA18	EA19	BE	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	HR	IT
2014	24.4	24.4	23.5	23.5	21.2	40.1	14.8	17.9	20.6	26.0	27.6	36.0	29.2	18.5	29.3	28.3
2013-2014 change in pp	~	~	~	~	~	n.a.	~	~	~	n.a.	-1.9	~	1.9	~	~	~
2008-2014 change in pp	n.a.	~	1.9	1.8	~	3.2	~	n.a.	~	1.7	3.9	7.9	5.4	~	n.a.	2.8
	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE	UK
2014	27.4	32.7	27.3	19.0	31.8	23.8	16.5	19.2	24.7	27.5	39.5	20.4	18.4	17.3	16.9	24.1
2013-2014 change in pp	~	-2.4	-3.5	~	-3.0	~	~	~	-1.1	~	-0.9	~	-1.4	1.3	~	-0.7
2008-2014 change in pp	4.1	~	~	3.5	3.6	3.7	~	~	-5.8	~	-4.7	1.9	-2.2	~	2.0	~

Quelle: Eurostat (EU-SILC)

Anmerkungen: i) UK: Veränderungen bei Erhebungsinstrumentarium und Erhebungseinrichtung im Jahr 2012 haben u. U. die Ergebnisse bezüglich der Entwicklungen seit 2008 beeinflusst; daher ist bei der Auswertung der Daten zur längerfristigen Entwicklung besondere Vorsicht geboten; ii) nur statistische und/oder besonders signifikante Veränderungen sind grün oder rot markiert (für positive bzw. negative Veränderungen), wobei die Signifikanz der Nettoveränderungen mit Hilfe der Berechnungsverfahren von Eurostat ermittelt wurde. "~~" steht für eine stabile Leistung (d. h. keine signifikante Veränderung).

III. Überblick über die soziale Lage in der Europäischen Union⁶

Nach einer Rezession mit zwei Talsohlen hat seit nunmehr drei Jahren eine langsame, aber kontinuierliche wirtschaftliche Erholung in der EU eingesetzt. Die Wirtschaftstätigkeit ist in den meisten Mitgliedstaaten gestiegen, allerdings verläuft der Aufschwung weiterhin uneinheitlich. Das Wirtschaftswachstum geht einher mit einer allmählichen Zunahme der Beschäftigung in der EU und gegenüber der Talsohle von Mitte 2013 ist die Anzahl der Beschäftigten um nahezu 7 Millionen gestiegen. Damit hat die Beschäftigungsquote in der EU im vierten Quartal 2015 wieder das Vorkrisenniveau erreicht, allerdings bestehen weiterhin große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Die Zunahme der Beschäftigung erstreckt sich auf alle Bevölkerungsgruppen und die Arbeitslosigkeit in der EU, einschließlich der Jugendarbeitslosigkeit, geht langsam, aber stetig zurück (obwohl sich die Auswirkungen noch nicht in vollem Umfang in allen sozialen Indikatoren niederschlagen). Das Einkommen und die finanzielle Situation der privaten Haushalte in der EU verbessern sich weiter, was vor allem auf höhere Erwerbseinkünfte zurückzuführen ist. Dennoch stellen Arbeitsmarkt- und Sozialbedingungen trotz der allmählichen Verbesserungen nach wie vor eine große Herausforderung dar.

Die letzte Aktualisierung des Anzeigers für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes⁷ von 2016, die auf EU-SILC-Daten von 2014 und einer Arbeitskräfteerhebung (AKE) von 2015 basiert, weist auf eine anhaltend positive Entwicklung insbesondere auf dem Arbeitsmarkt hin, da sich aus einer wachsenden Anzahl von Indikatoren inzwischen positive Veränderungen ablesen lassen. Wie jedoch im vorangegangenen Abschnitt dargelegt, schlagen sich die jüngsten Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt in vielen der wichtigen Sozialindikatoren noch nicht in vollem Umfang nieder und die Gesamtzahlen der EU für die Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen lassen noch immer eine Stagnation auf hohem Niveau erkennen.⁸

⁶ Eine eingehendere Untersuchung der jüngsten sozialen Entwicklungen, die sich auf eine umfassendere Prüfung der Entwicklungen bei den Indikatoren des Anzeigers für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes (SPPM – Social Protection Performance Monitor) und zusätzliche Indikatoren stützen, ist in Anlage 1 zu diesem Bericht enthalten.

⁷ Der SPPM ist ein Instrument, mit dem sich unter Nutzung verschiedener wichtiger Sozialindikatoren der EU die Entwicklung der sozialen Situation in der Europäischen Union verfolgen lässt.

⁸ Eine vorläufige Auswertung der teilweise verfügbaren EU-SILC-Daten von 2015 findet sich in dem Abschnitt *"Jüngste Ergebnisse der Auswertung der für 2015 vorliegenden EU-SILC-Daten"* (siehe unten).

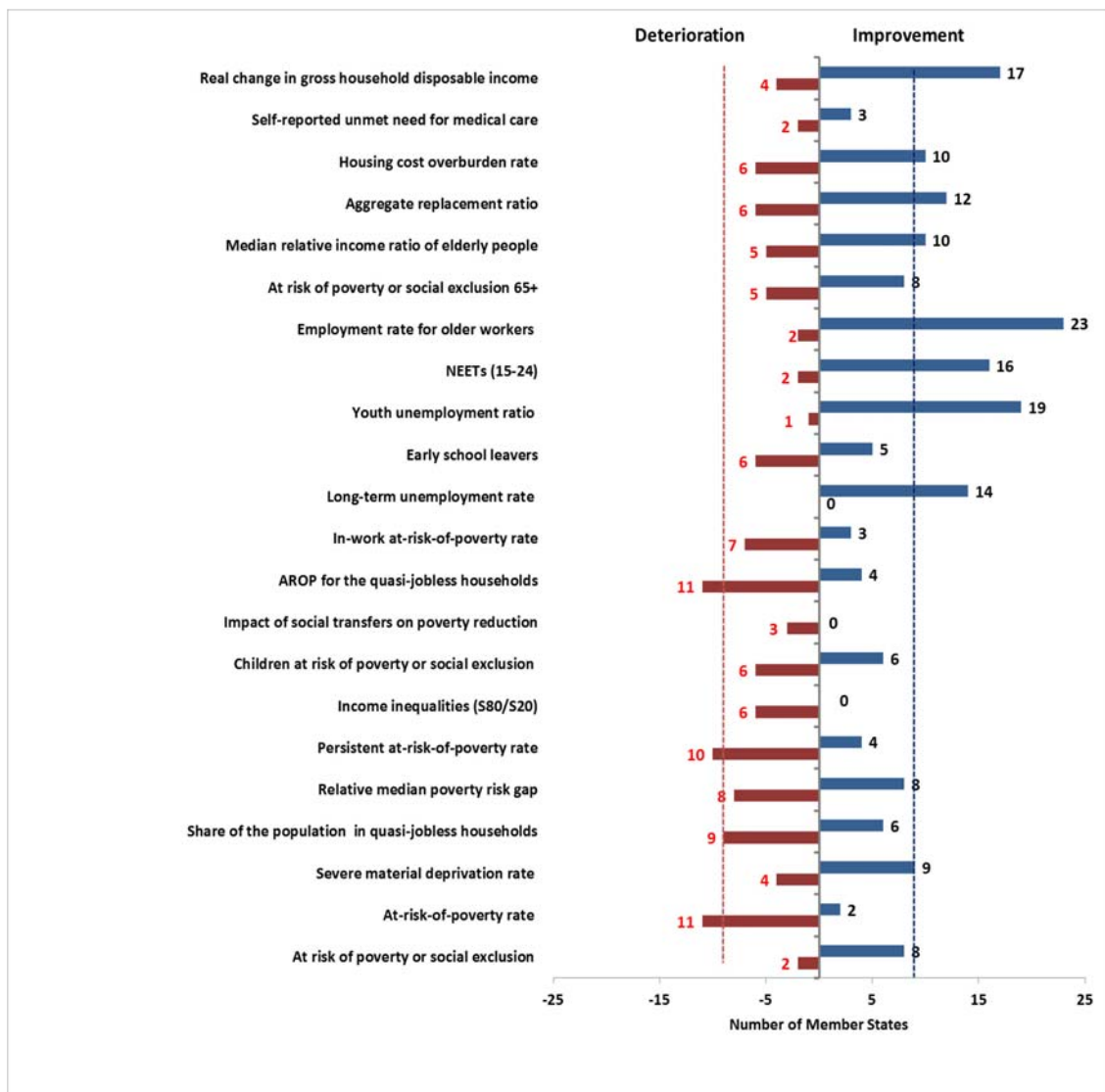
Für die EU insgesamt wurden für den jüngsten Zeitraum, für den Daten zu dem besagten Indikator vorliegen, die folgenden wichtigsten negativen Entwicklungen oder **"sozialen Entwicklungen, die im Auge behalten werden müssen"** (d. h. etwa ein Drittel oder mehr aller Mitgliedstaaten haben bei dem besagten Indikator eine signifikante Verschlechterung zu verzeichnen), ermittelt (Abbildung 3):

- eine allgemeine stetige Verschärfung der (relativen) Armut bei gleichzeitiger Zunahme des Ausmaßes der Armut – wie aus dem **Armutsrisiko für die gesamte Bevölkerung** in zahlreichen Mitgliedstaaten (11 Mitgliedstaaten) ersichtlich –, eine Zunahme der Tiefe der Armut (d. h. der **Armutslucke**) in mehreren Ländern (8 Mitgliedstaaten) sowie ihr Fortbestehen, wie aus dem Anstieg der dauerhaften Armutsgefährdungsquote in 10 Mitgliedstaaten deutlich wird⁹;
- ein Anstieg des **in Haushalten ohne (nennenswertes) Erwerbseinkommen lebenden Bevölkerungsanteils** (in 9 Mitgliedstaaten) bei gleichzeitigem Anstieg der **Armutsgefährdungsquote** für Personen, die solchen Haushalten angehören (in 11 Mitgliedstaaten). Letzteres lässt darauf schließen, dass sich die Angemessenheit der Sozialleistungen in vielen Ländern vermindert hat.¹⁰

⁹ Diese Entwicklungen beziehen sich auf die zugrunde liegenden Einkommensdaten für den Zeitraum 2012-2013.

¹⁰ Es sei darauf hingewiesen, dass sich *diese Entwicklungen in der Regel auf EU-SILC 2013-2014 beziehen, d. h. die Einkommensdaten für den Zeitraum 2012-2013.*

Abbildung 3: Soziale Entwicklungen, die im Auge behalten werden müssen, und Bereiche, in denen Verbesserungen festzustellen sind, bezogen auf den Zeitraum 2013-2014*



Quelle: Anzeiger für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes

Anmerkung: i) BG: 2014 wesentliche Unterbrechung der Zeitreihe für den Indikator für die materielle Deprivation (SMD); deshalb wurden für BG die Entwicklungen in Bezug auf SMD- und AROPE-Indikatoren bei den generellen Entwicklungen in Bezug auf diese EU-SILC-Indikatoren nicht berücksichtigt; ii) EE: 2014 wesentliche Unterbrechung der Zeitreihe für EU-SILC-Variablen. Daher sind die EU-SILC-gestützten Indikatoren im Allgemeinen nicht mit den Werten dieses Landes im Jahr 2013 vergleichbar und EE wurde daher bei den Entwicklungen, die im Auge behalten werden müssen, in Bezug auf diese Indikatoren nicht berücksichtigt; iii) UK: 2014 Unterbrechung der Zeitreihe für den Indikator für die Überbelastung durch die Wohnkosten; daher wurde die Veränderung dieses Indikators nicht unter den Entwicklungen, die im Auge behalten werden müssen, berücksichtigt.

*bei auf EU-SILC gestützten Indikatoren beziehen sich die Veränderungen in der Regel auf den Zeitraum 2012-2013 für den Einkommensindikator und den Indikator für die Erwerbsintensität des Haushalts bzw. auf den Zeitraum 2013-2014 für den SMD und nicht erfolgte medizinische Versorgung. Veränderungen des verfügbaren Bruttoeinkommens der Haushalte beziehen sich auf den Zeitraum 2013-2014. AKE-gestützte Indikatoren (Langzeitarbeitslosenquote, vorzeitige Schulabgänger, Jugendarbeitslosenquote, junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (NEET – not in employment, education or training), Beschäftigungsquote (der 55- bis 64-Jährigen) beziehen sich auf den aktuelleren Zeitraum 2014-2015.

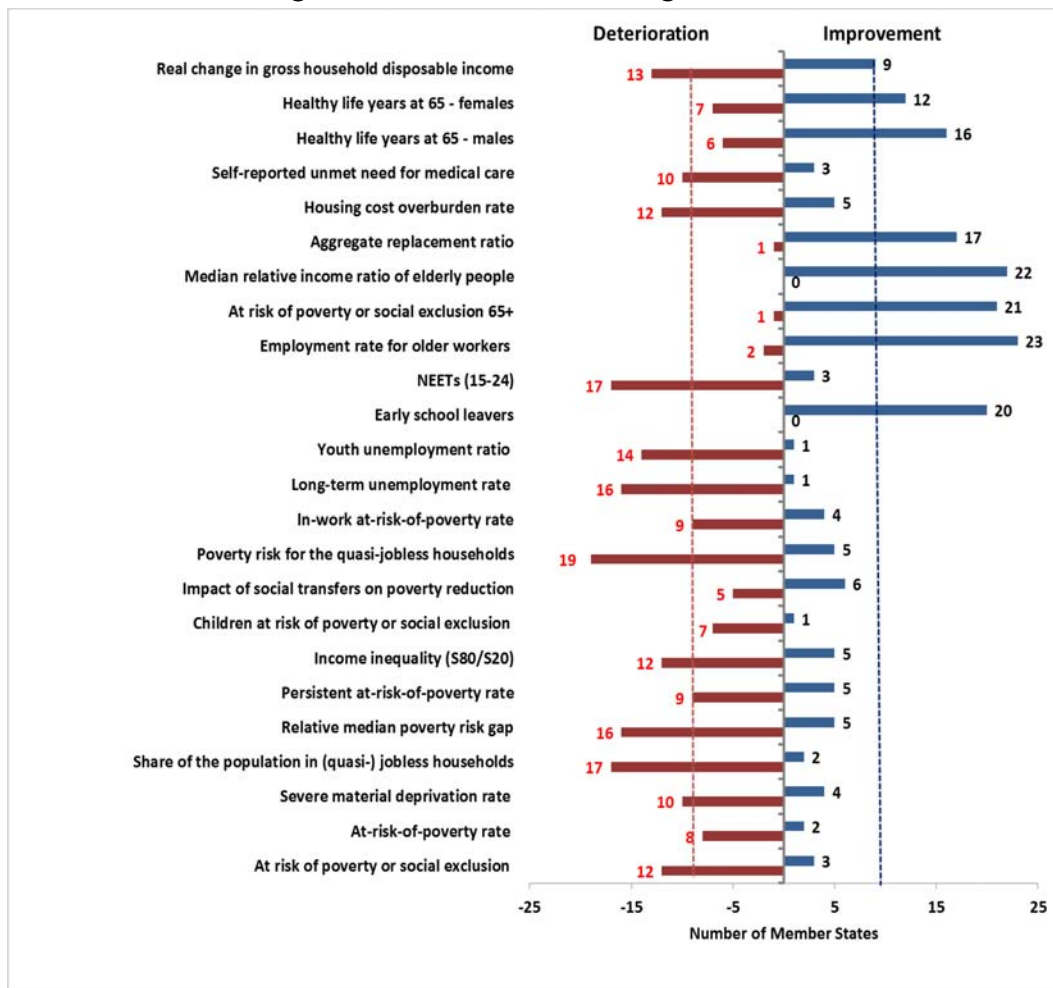
Im Gegensatz dazu, lassen sich die folgenden **positiven Entwicklungen** bei der sozialen Lage beobachten:

- Anstieg des **realen verfügbaren Bruttoeinkommens der Haushalte** (in 17 Mitgliedstaaten) bei gleichzeitiger Verringerung der Quote der **Überbelastung durch Wohnkosten** in 10 Mitgliedstaaten sowie der Quote der **starken materiellen Deprivation** (in 9 Mitgliedstaaten). Daraus wird deutlich, dass sich Einkommen und finanzielle Bedingungen der Haushalte in der EU in der letzten Zeit verbessert haben, was der Konjunkturbelebung und den besseren Bedingungen auf den Arbeitsmärkten zu verdanken ist;
- eine Verringerung der **Langzeitarbeitslosigkeit** in 14 Mitgliedstaaten;
- klare Anzeichen für eine **abnehmende Ausgrenzung junger Menschen** bei gleichzeitiger Verringerung der NEET-Quote (in 16 Mitgliedstaaten) und der Jugendarbeitslosenquote (in 19 Mitgliedstaaten) im Zeitraum 2014-2015, die die anhaltend positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt widerspiegeln;
- weitere Verbesserung bei der **Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer** im Zeitraum 2014-2015 (wie aus der höheren Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen in 23 Mitgliedstaaten ersichtlich);
- anhaltende Verbesserung des **Einkommens und der Lebensbedingungen älterer Menschen** (bei gleichzeitigem Anstieg der aggregierten Ersatzquote in 12 Mitgliedstaaten und des relativen Einkommensmedianverhältnisses für ältere Menschen in 10 Mitgliedstaaten);
- eine Verringerung des **Risikos von Armut oder sozialer Ausgrenzung für die gesamte Bevölkerung** (in 8 Mitgliedstaaten).

Betrachtet man die längerfristigen Entwicklungen seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Strategie Europa 2020, so bleibt die Lage in den meisten sozialen Bereichen im Vergleich zu 2008 deutlich schlechter, trotz der jüngsten Anzeichen für eine Besserung (Abbildung 4). Folgende wesentliche Rückschritte gegenüber 2008 sind zu verzeichnen:

- **erhöhtes Risiko von Armut oder sozialer Ausgrenzung** (in 12 Mitgliedstaaten), was sich vor allem an dem steigenden **Anteil der in Haushalten ohne (nennenswertes) Erwerbseinkommen lebenden Bevölkerung** (in 17 Mitgliedstaaten) und dem **sinkenden Lebensstandard** (wie aus der Zunahme der **starken materiellen Deprivation** in 10 Mitgliedstaaten ersichtlich) vor dem Hintergrund des Rückgangs des **realen verfügbaren Bruttoeinkommens der Haushalte** in 13 Mitgliedstaaten ablesen lässt;
- **höhere Einkommensungleichheit** (in 12 Mitgliedstaaten) und Zunahme der **Tiefe der Armut** (bei wachsender Armutslucke in 16 Mitgliedstaaten);
- weiterhin starke Anzeichen für die **Ausgrenzung junger Menschen** (mit einem signifikanten Anstieg der NEET-Quote und der Jugendarbeitslosenquote in rund zwei Drittel der Mitgliedstaaten);
- generell **höherer (langfristiger) Ausschluss vom Arbeitsmarkt** (bei gleichzeitigem Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit und des in Haushalten ohne (nennenswertes) Erwerbseinkommen lebenden Bevölkerungsanteils in rund zwei Drittel der Mitgliedstaaten) bei gleichzeitig steigendem **Armutsrisiko für Menschen, die in Haushalten ohne (nennenswertes) Erwerbseinkommen leben**, in 19 Mitgliedstaaten;
- Anstieg der **Quote der Überbelastung durch Wohnkosten für Haushalte** (in 12 Mitgliedstaaten);
- Erhöhung der nach eigener Aussage **nicht erfolgten medizinischen Versorgung** (in 10 Mitgliedstaaten).

Abbildung 4: Soziale Entwicklungen, die im Auge behalten werden müssen, und Bereiche, in denen Verbesserungen festzustellen sind, bezogen auf den Zeitraum 2008-2014*



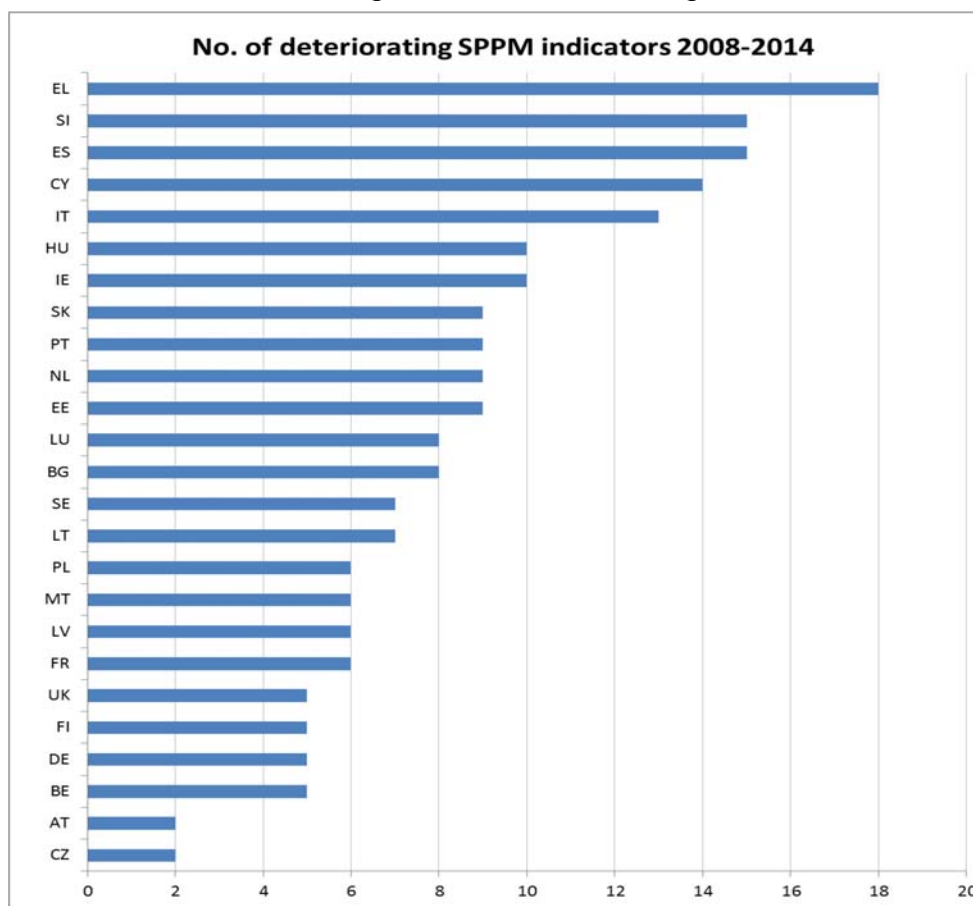
Quelle: Anzeiger für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes

Anmerkung: i) AT: 2011 Unterbrechung der Reihe für anhaltende Armut (daher wurde die Entwicklung in diesem Zeitraum gegenüber 2008 nicht berücksichtigt); ii) BE: 2011 wesentliche Unterbrechung bei nach eigener Aussage nicht erfolgten medizinischen Untersuchungen (daher wurde die Entwicklung in diesem Zeitraum gegenüber 2008 nicht berücksichtigt); iii) BG: 2014 wesentliche Unterbrechung der Zeitreihe beim Indikator für starke materielle Deprivation (SMD) und beim AROPE-Indikator, deshalb sind längerfristige Veränderungen bei diesen Indikatoren nur für den Zeitraum 2008-2013 angegeben; iv) DK: Unterbrechungen der Zeitreihe im Zeitraum 2008-2014, die hauptsächlich Indikatoren für Einkommen und in geringerem Ausmaß Variablen betreffen, die eng mit Einkommen zusammenhängen (daher wurden für diese Variablen die Entwicklungen in diesem Zeitraum gegenüber 2008 nicht berücksichtigt); v) EE: 2014 wesentliche Unterbrechung der Zeitreihe für EU-SILC-Variablen, deshalb sind längerfristige Veränderungen dieser Variablen lediglich für den Zeitraum 2008-2013 angegeben; vi) HR: Der Langzeitvergleich der EU-SILC-gestützten Indikatoren bezieht sich auf Daten von 2010, da Eurostat davor keine EU-SILC-Daten veröffentlicht hat; vii) RO: 2010 Unterbrechungen der Zeitreihen für AKE-gestützte Indikatoren, daher wurden die Veränderungen im Zeitraum 2008-2015 für diese Variablen nicht berücksichtigt; viii) UK: Veränderungen bei Erhebungsinstrumentarium und Erhebungseinrichtung im Jahr 2012 haben u. U. die Ergebnisse bezüglich der Entwicklungen seit 2008 beeinflusst; daher ist bei der Auswertung der Daten zur längerfristigen Entwicklung besondere Vorsicht geboten. * Für AKE-gestützte Indikatoren (Langzeitarbeitslosenquote, vorzeitige Schulabgänger, Jugendarbeitslosenquote, junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (NEET), Beschäftigungsquote (der 55-64-Jährigen)) wurden Zahlen von 2015 verwendet, daher Zeitraum 2008-2015.

Die Indikatoren des Anzeigers lassen auch eine Reihe von Verbesserungen erkennen, insbesondere bei der **steigenden Zahl gesunder Lebensjahre** und dem **deutlichen Rückgang bei der Anzahl vorzeitiger Schulabgänger in Europa** (in 20 Mitgliedstaaten). Ferner hat sich die **relative Situation der älteren Generation verbessert**. Die Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer hat sich merklich verbessert, wie u. a. aus dem Anstieg der Beschäftigungsquote in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen in 23 Mitgliedstaaten ersichtlich ist. Auch bei der relativen Situation älterer Menschen ab 65 Jahren liegen klare Anzeichen für eine Verbesserung vor, da die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten älteren Menschen gesunken ist und sich ihre Einkommenssituation im Vergleich zur übrigen Bevölkerung in rund drei Viertel der Mitgliedstaaten verbessert hat. Diese Entwicklung sollte jedoch mit großer Vorsicht interpretiert werden, da sie nicht unbedingt eine Verbesserung in absoluten Zahlen bedeutet. Da die Renteneinkommen während der Wirtschaftskrise konstant blieben, während die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter beträchtliche Einkommensverluste hinnehmen musste (Lohnsenkungen, Verlust des Arbeitsplatzes und Kürzungen der Sozialleistungen), hat sich die relative – jedoch nicht unbedingt die absolute – Situation älterer Menschen verbessert, wodurch die wichtige Rolle der Rentensysteme deutlich wurde.

Abbildung 5 zeigt die Anzahl der sozialen Indikatoren des Anzeigers für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes, bei denen ein bestimmtes Land im Zeitraum 2008-2014 eine erhebliche Verschlechterung zu verzeichnen hat. Zu den Mitgliedstaaten mit den besorgniserregendsten Ergebnissen gehören Zypern, Griechenland, Italien, Spanien und Slowenien mit einer Verschlechterung bei 13 oder mehr Indikatoren. Am oberen Ende der Skala sind Belgien, Deutschland, Finnland und das Vereinigte Königreich zu finden, die lediglich bei fünf Indikatoren eine Verschlechterung zu verzeichnen haben, Österreich und die Tschechische Republik sogar nur bei zwei Indikatoren. Es ist darauf hinzuweisen, dass sich diese Ergebnisse auf den Zeitraum 2008-2014 beziehen und dass die für einige Länder wie ES, HU und PT vorliegenden Daten für das Jahr 2015 (siehe weiter unten im Abschnitt "Jüngste Ergebnisse der Auswertung der für 2015 vorliegenden EU-SILC-Daten") positive Entwicklungen erkennen lassen, die sich auf die Bewertung auf der Grundlage der Abbildung 5 auswirken könnten.

Abbildung 5: Anzahl der wichtigsten sozialen Indikatoren des Anzeigers für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes, die im Zeitraum 2008-2014* eine erhebliche Verschlechterung aufweisen, nach Mitgliedstaaten



Quelle: Anzeiger für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes

Anmerkung: i) AT: 2011 Unterbrechung der Reihe für anhaltende Armut (daher wurde die Entwicklung in diesem Zeitraum gegenüber 2008 nicht berücksichtigt); ii) BE: 2011 wesentliche Unterbrechung bei nach eigener Aussage nicht erfolgten medizinischen Untersuchungen (daher wurde die Entwicklung in diesem Zeitraum gegenüber 2008 nicht berücksichtigt); iii) BG: 2014 wesentliche Unterbrechung der Zeitreihe beim Indikator für starke materielle Deprivation (SMD) und beim AROPE-Indikator, deshalb sind längerfristige Veränderungen bei diesen Indikatoren nur für den Zeitraum 2008-2013 angegeben; iv) DK: Unterbrechungen der Zeitreihe im Zeitraum 2008-2014, die hauptsächlich Indikatoren für Einkommen und in geringerem Ausmaß Variablen betreffen, die eng mit Einkommen zusammenhängen; für einige Variablen liegen die Veränderungen seit 2008 daher nicht vor, sodass die Gesamtzahl der Variablen, bei denen Verschlechterungen eingetreten sind, für DK nicht angegeben ist; v) EE: 2014 wesentliche Unterbrechung der Zeitreihe für EU-SILC-Variablen, deshalb sind längerfristige Veränderungen dieser Variablen lediglich für den Zeitraum 2008-2013 angegeben; vi) HR: Der Langzeitvergleich der EU-SILC-gestützten Indikatoren bezieht sich auf Daten von 2010, da Eurostat davor keine EU-SILC-Daten veröffentlicht hat; vii) RO: 2010 Unterbrechung der Reihe für AKE-gestützten Indikatoren, daher bei mehreren Variablen keine Angaben zu Veränderungen für den Zeitraum 2008-2015 und somit auch keine Angaben zur Gesamtzahl der Variablen mit Verschlechterung; viii) UK: Veränderungen bei Erhebungsinstrumentarium und Erhebungseinrichtung im Jahr 2012 haben u. U. die Ergebnisse bezüglich der Entwicklungen seit 2008 beeinflusst; daher ist bei der Auswertung der Daten zur längerfristigen Entwicklung besondere Vorsicht geboten; ix) Die Balken bilden die Anzahl der SPPM-Indikatoren ab, bei denen im Zeitraum 2008-2014 eine statistisch (und gegebenenfalls materiell) signifikante Verschlechterung eingetreten ist. * Für AKE-gestützte Indikatoren (Langzeitarbeitslosenquote, vorzeitige Schulabgänger, Jugendarbeitslosenquote, junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (NEET), Beschäftigungsquote (der 55-64-Jährigen)) wurden Zahlen von 2015 verwendet, daher Zeitraum 2008-2015.

Anzeiger für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes – Übersicht

	EU28	EU27	EA18	EA19	BE	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	HR	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE	UK		
Europe 2020	2014	24.4	24.4	23.5	21.2	40.1	14.8	17.9	20.6	26.0	27.6	36.0	29.2	18.5	29.3	28.3	27.4	32.7	27.3	19.0	31.8	23.8	16.5	19.2	24.7	27.5	39.5	20.4	18.4	17.3	16.9	24.1		
	2013-2014 change in pp	-	-	-	-	n.a.	-	-	-	n.a.	-1.9	-	1.9	-	-	-	-	-2.4	-3.5	-	-0.0	-	-	-	-1.1	-	-0.9	-	-1.4	1.3	-	-0.7		
	2008-2014 change in pp	n.a.	-	1.9	1.8	-	3.2	-	n.a.	-	1.7	3.9	7.9	5.4	-	n.a.	2.8	4.1	-	3.5	2.6	3.7	-	-	-5.8	-	-4.7	1.9	-2.2	-	2.0	-		
	At-risk of poverty or social exclusion (in %)																																	
	2014	17.2	17.2	17.1	17.1	15.5	21.8	9.7	12.1	16.7	21.8	15.6	22.1	22.2	13.3	19.4	19.4	14.4	21.2	19.1	16.4	15.0	15.9	11.6	14.1	17.0	19.5	25.4	14.5	12.6	13.8	15.1	16.8	
Intensity of poverty risk	2013-2014 change in pp	-	-	-	-	0.8	1.1	-	-	0.6	n.a.	1.5	-1.0	1.8	-	-	-	1.8	-1.5	-	-	-	-	1.2	-	-	0.8	5.0	-	-	1.0	-	0.9	
	2008-2014 change in pp	n.a.	-	1.1	-	-	-	-	n.a.	1.3	-	-	2.0	2.4	-	n.a.	-	-4.7	-	3.0	2.6	-	-	-	-	-	-	2.2	1.7	-	2.9	-	-1.9	
	At-risk-of-poverty threshold for a single person household (levels in pps, changes as real change in national currency in %)																																	
	2014	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	11755	4052	6054	11992	11500	5545	9998	5166	8517	11504	4644	9165	9457	4392	4557	16962	4355	9000	11283	12897	5736	6075	2454	8997	5883	11500	12368	10160	
	2013-2014 change in pp	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	15.1	-	-	-	-	n.a.	-7.0	-	-	-	-	-	-9.0	10.8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Persistence of poverty risk	2008-2014 change in pp	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	9.3	38.1	7.2	n.a.	-	-	-15.7	-34.2	-13.7	-	n.a.	-8.8	-38.1	-	-	-	-	-	14.2	-	6.4	22.8	-5.8	16.2	-	27.8	5.1	15.3	-4.7
	Severe material deprivation rate (in %)																																	
	2014	8.9	8.9	7.3	7.4	5.9	33.1	6.7	3.2	5.0	6.2	8.4	21.5	7.1	4.8	13.9	11.6	15.3	19.2	13.6	1.4	24.0	10.2	3.2	4.0	10.4	10.6	25.0	6.6	9.9	2.8	0.7	7.3	
	2013-2014 change in pp	-0.7	-0.7	-	-	0.8	n.a.	-	-	-	n.a.	-1.5	1.2	0.9	-	-0.8	-	-	-4.8	-2.4	-	-3.8	-	0.7	-	-1.5	-	-3.5	-	-	-0.7	-1.0		
	2008-2014 change in pp	n.a.	-	1.4	1.5	-	-	-	n.a.	-	2.7	2.9	10.3	5.5	-	n.a.	4.1	6.2	-	-	6.1	5.9	1.7	-1.9	-7.3	-	-	-7.9	-	-1.9	-	-	2.8	
Income inequalities	2014	11.2	11.1	11.9	11.9	14.6	12.1	7.6	12.1	10.0	7.6	21.1	17.2	17.1	9.6	14.7	12.1	9.7	9.6	8.8	6.1	12.8	9.8	10.2	9.1	7.8	12.2	6.4	8.7	7.1	10.0	6.4	12.2	
	2013-2014 change in pp	-	-	0.7	0.7	0.6	-0.9	0.7	-	n.a.	-2.8	-1.0	1.4	1.5	-	0.8	1.8	-	-2.2	-	-	-	-	-	1.3	-	-	0.7	-	1.0	-0.7	-1.0		
	2008-2014 change in pp	n.a.	1.9	2.6	2.6	2.9	4.0	-	n.a.	-1.7	3.1	7.4	9.7	10.5	-	n.a.	1.7	5.2	4.2	2.7	-	-	-	-	2.0	1.7	-	5.9	-1.9	2.0	1.9	2.5	-	1.8
	Relative median at-risk-of-poverty gap (in %)																																	
	2014	24.6	24.6	24.8	24.8	18.8	33.2	18.0	18.5	23.2	22.0	17.2	31.3	31.6	16.6	27.9	28.2	18.5	23.6	22.7	16.3	22.3	17.8	16.9	20.1	23.2	30.3	35.1	22.0	29.0	13.9	20.4	19.6	
Child poverty exclusion and social	2013-2014 change in pp	-	-	-	-	2.3	1.4	-5.0	2.8	n.a.	-	-1.4	-	-	-	-	-	-3.9	-2.1	-1.2	1.3	-1.3	-	-1.2	-	2.9	2.5	1.6	4.9	-1.1	-	-		
	2008-2014 change in pp	n.a.	2.7	3.4	3.4	1.6	6.2	-	n.a.	-	1.2	-	8.6	6.0	2.1	n.a.	5.0	8.2	-5.0	-2.9	-	5.0	-3.5	2.0	-	2.6	7.1	2.8	2.7	10.9	-1.8	2.4	-1.4	
	Persistent at-risk-of-poverty rate (in %)																																	
	2014	10.4	10.3	10.5	n.a.	9.5	16.5	9.4	5.1	9.5	11.2	n.a.	14.5	14.5	7.9	13.2	12.9	7.5	10.8	16.0	8.7	8.6	10.6	7.7	8.5	10.7	12.0	20.2	9.5	7.1	7.0	7.6	6.5	
	2013-2014 change in pp	-	-	-	n.a.	-	3.1	-	n.a.	-1.1	n.a.	n.a.	2.1	2.2	-	n.a.	-	-2.7	-1.3	3.8	-	1.3	2.1	1.2	-	1.7	-	3.2	2.0	n.a.	-	n.a.	-1.3	
Effectiveness of social protection system	2008-2014 change in pp	n.a.	1.7	1.7	n.a.	-	n.a.	-	n.a.	2.3	-4.3	n.a.	1.5	3.3	n.a.	n.a.	-	-2.6	-1.8	5.1	-	-	2.9	1.3	n.a.	-	-1.1	n.a.	1.8	2.2	-	5.0	-2.0	
	Income quintile ratio (S80/S20)																																	
	2014	5.2	5.2	5.2	5.2	3.8	6.8	3.5	4.1	5.1	6.5	4.8	6.5	6.8	4.3	5.1	3.8	5.4	6.5	6.1	4.4	4.3	4.0	3.8	4.1	4.9	6.2	7.2	3.7	3.9	3.6	3.9	5.1	
	2013-2014 change in pp	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10.9	n.a.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	2008-2014 change in pp	n.a.	-	6.1	6.1	-7.3	-	-	n.a.	6.2	10.0	9.1	10.2	21.4	-	n.a.	11.5	25.6	-11.0	-	7.3	19.4	-7.0	-	-	-	-	-	8.8	14.7	-5.3	11.4	-8.9	
Child poverty exclusion and social	2014	27.8	27.7	25.6	25.7	23.2	45.2	19.5	14.5	19.6	23.8	30.3	36.7	35.8	21.6	29.0	32.1	24.7	35.3	28.9	26.4	41.8	31.3	17.1	23.3	28.2	31.4	50.5	17.7	23.6	15.6	16.7	31.3	
	2013-2014 change in pp	-	-	-	-	1.5	n.a.	3.1	-	-	n.a.	-3.6	-	3.2	0.8	-	-	-3.0	-3.1	-6.5	-	-	-	-	-	-1.6	-	2.0	-	-	2.6	-	-	-1.3
	2008-2014 change in pp	n.a.	1.3	2.0	2.0	-	7.3	-	n.a.	-	-	-	8.0	5.7	-	n.a.	3.7	-	-	5.5	8.4	6.3	-	-	-	-4.7	-	-	-	-	-	-	-	
	Impact of social transfers (excl. pensions) on poverty reduction (%)																																	
	2014	34.1	34.1	33.5	33.7	43.6	20.1	43.6	55.0	33.2	23.2	58.1	15.0	28.6	44.6	35.1	21.5	41.5	21.5	30.6	40.6	43.6	33.2	45.5	44.5	26.4	27.0	10.9	42.2	35.7	53.6	47.0	42.7	
Effectiveness of social protection system	2013-2014 change in pp	-	-	-	-	-	-	-	-	-	n.a.	-5.3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	2008-2014 change in pp	n.a.	-	-	-	-	-	-	-11.4	n.a.	-	5.7	-	5.7	-	n.a.	-	10.9	7.2	8.8	-	-13.6	-	-	-	-8.3	-	-	-12.9	-	-	-	-10.2	7.4
	At-risk-of-poverty rate for the population living in (quasi-) jobless households																																	
	2014	58.2	58.1	59.3	59.4	62.2	67.7	67.1	43.8	65.0	70.9	49.0	51.1	63.1	52.3	63.3	59.7	51.7	73.0	70.9	58.3	63.2	64.1	48.7	54.1	55.9	59.5	59.7	61.4	79.3	52.9	66.5	50.0	
	2013-2014 change in pp	2.0	2.0	-	-	-	-4.5	13.6	-	-	n.a.	7.9	-7.3	1.8	-8.1	-	-	-	5.1	4.9	6.4	-	-	8.9	-	-	-	10.4	4.6	5.7	-	-7.2	8.8	
Labour market	2008-2014 change in pp	n.a.	2.4	4.1	4.1	7.5	-10.1	11.7	n.a.	-	-3.9	2.4	10.8	11.7	2.9	n.a.	4.8	1.3	-10.3	-	8.9	14.7	2.9	9.0	4.5	6.7	6.3	9.3	6.4	26.2	-3.4	15.1	-13.1	
	In-work at-risk of poverty rate (in %)																																	
	2014	9.6	9.6	9.4	9.4	4.8	9.3	3.6	4.8	9.9	11.8	5.5	13.2	12.6	8.0	5.7	11.1	7.8	8.3	8.4	11.1	6.7	5.7	5.3	7.2	10.7	10.7	19.5	6.4	5.7	3.7	7.8	8.7	
	2013-2014 change in pp	0.8	0.6	0.7	0.7	-	-	-	-	1.3	n.a.	1.0	-	2.0	-	-	-	-	-1.2	-0.8	-	-	-	0.8	-	-	-	1.8	-0.7	-	-	-	0.7	-
	2008-2014 change in pp	n.a.	1.1	1.3	1.3	-	1.7	-	n.a.	2.8	-	-	1.3	1.5	n.a.	2.0	1.5	-2.4	-1.1	1.7	-	-	-	-	-1.3	-	-	2.7	1.3	-	-1.4	-	-	
Social consequences of labour	Long-term unemployment rate (in %)																																	
	2014	4.5	4.5	5.5	5.5	4.4	5.6	2.4	1.7	2.0	2.4	5.3	18.2	11.4	4.3	10.3	6.9	6.8	4.5	3.9	1.9	3.1	2.4	3.0	1.7	3.0	7.2	3.0	4.7	7.6	2.3	1.5	1.6	
	2013-2014 change in pp	-	-	-0.6	-	-	-1.3	-	-	-	-0.9	-1.3	-1.3	-1.5	-	-	-0.8	-0.9	-	-0.9	-	-	-	-	-	-	-0.8	-1.2	-	-0.6	-1.7	-	-0.6	
	2008-2014 change in pp	1.9	2.0	2.6	2.6	1.1	2.7	-	1.2	1.9	-	3.6	14.5	9.4	1.7	5.0	3.9	6.3	2.6	2.6	-	-	-	2.1	-	-	3.6	2.8	-	1.1	-	-	-	

	EU28	EU27	EA18	EA19	BE	BG	CZ	UK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	HR	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE	UK	
	Early school leavers (in %)																																
2015	11.0	11.0	11.7	11.6	10.1	13.4	6.2	7.8	10.1	11.2	6.9	7.9	20.0	9.3	2.8	14.7	5.3	9.9	5.5	9.3	11.6	19.8	8.2	7.3	5.3	13.7	18.1	5.0	6.9	9.2	7.0	10.8	
2014-2015 change in pp	-	-	-	-	-	-	0.7	-	0.6	-	-	-1.1	-1.9	-	-	-	-1.5	1.4	-	3.2	-	-	-	-	-	-3.7	1.0	0.6	-	-	-	-1.0	
2008-2015 change in pp	-3.7	-3.8	-4.7	-4.7	-1.9	-1.4	-	-4.7	-1.7	-2.8	-4.5	-6.5	-11.7	-2.5	-1.6	-4.9	-8.4	-5.6	-10.0	-4.1	-	-7.4	-3.2	-2.9	-	-11.2	n.a.	-	-	-	-	-6.1	
	Youth unemployment ratio (15-24)																																
2015	8.4	8.4	8.9	8.8	6.6	5.6	4.1	6.7	3.5	5.5	7.6	12.9	16.8	9.1	14.5	10.0	12.3	6.7	5.5	6.1	5.4	6.1	7.7	6.1	6.8	10.7	8.8	5.8	8.4	11.7	11.2	8.6	
2014-2015 change in pp	-0.8	-0.8	-0.6	-0.7	-	-0.9	-1.0	-1.1	-	-	-1.3	-1.8	-2.2	-	-	-1.0	-2.2	-1.2	-1.1	-	-0.6	-	-0.9	-	-1.3	-1.2	-	-1.0	-0.8	1.0	-1.5	-1.2	
2008-2015 change in pp	1.5	1.5	2.0	1.9	-	1.8	-	-	-2.0	-	-	6.3	5.1	2.0	5.6	4.1	8.5	-	1.5	-	-	-	3.8	-	1.1	3.9	n.a.	1.3	2.2	2.9	-	-	
	NEETS (15-24)																																
2015	12.0	12.0	12.2	12.2	12.2	19.3	7.5	6.2	6.2	10.8	14.3	17.2	15.6	11.9	18.5	21.4	15.2	10.5	9.2	6.2	11.6	10.4	4.7	7.5	11.0	11.3	18.1	9.5	13.7	10.6	6.7	11.1	
2014-2015 change in pp	-	-	-	-	-	-0.9	-0.6	-	-	-0.9	-0.9	-1.9	-1.5	-	-	-0.8	-0.7	-1.5	-0.7	-	-2.0	-	-	-0.8	-	-1.0	-1.0	1.1	-	0.9	-	-0.8	
2008-2015 change in pp	1.1	1.1	1.2	1.2	2.1	1.9	-	1.9	-2.2	2.1	-	3.8	1.3	1.4	6.9	4.8	3.5	-1.3	-	-	-	2.1	1.3	-	2.0	1.1	n.a.	3.0	2.6	3.8	-1.1	-	
	Employment rate of older workers (55-64) in %																																
2015	53.3	53.4	53.2	53.3	44.0	53.0	55.5	64.7	66.2	64.5	55.6	54.3	46.9	48.7	39.0	48.2	48.2	59.4	60.4	38.4	45.3	40.3	61.7	46.3	44.3	49.9	41.1	36.6	47.0	60.0	74.5	62.2	
2014-2015 change in pp	1.5	1.5	1.5	1.6	1.3	3.0	1.5	1.5	0.6	-	2.6	-	2.6	1.8	2.7	2.0	1.3	3.0	4.1	-4.2	3.5	2.5	1.8	1.2	1.8	2.1	-2.0	1.2	2.2	0.9	-	1.2	
2008-2015 change in pp	7.8	7.9	8.9	8.9	9.5	7.0	7.9	6.3	12.4	2.1	1.7	-8.7	1.4	10.5	1.9	13.9	-6.6	-	7.4	-4.2	14.4	10.2	8.7	7.5	12.7	-	n.a.	3.8	7.7	3.5	4.4	4.1	
	At risk of poverty or social exclusion for the elderly (65+) in %																																
2014	17.8	17.7	16.0	16.2	17.3	47.8	10.7	10.8	17.4	35.0	13.5	23.0	12.9	10.1	29.7	20.2	27.2	39.3	31.9	6.4	19.0	23.3	6.9	15.7	18.2	21.1	33.2	20.1	13.4	17.0	16.5	19.3	
2013-2014 change in pp	-	-	-	-	-2.2	n.a.	-	1.4	n.a.	-	-	-1.6	-0.7	-2.2	-1.8	-	-	3.2	-	-	2.5	-	-	-	-1.5	0.8	-1.8	-2.9	-	-	1.2		
2008-2014 change in pp	n.a.	-5.6	-4.2	-4.2	-5.6	-7.9	-1.8	n.a.	1.9	-12.9	-9.0	-5.1	-13.3	-4.0	n.a.	-4.2	-22.1	-19.5	-8.0	-	-	-	-	-2.8	-5.5	-8.7	-6.6	-18.0	-4.3	-8.5	-6.9	-	-9.2
	Median relative income of elderly people																																
2014	0.94	0.94	0.95	0.95	0.77	0.82	0.84	0.78	0.90	0.83	0.91	1.00	1.03	1.02	0.88	0.99	0.75	0.71	0.77	1.11	1.05	0.78	0.89	0.96	0.89	0.84	1.04	0.91	0.91	0.79	0.83	0.86	
2013-2014 change in pp	-	-	-	-	-	7.9	-	2.6	1.1	n.a.	-	-3.8	3.0	-	-	-	-	-7.8	-4.9	-	1.9	-	-	-1.1	-	1.0	-	4.6	1.1	1.3	2.5	-1.1	
2008-2014 change in %	n.a.	10.6	9.2	10.5	-	24.2	6.3	n.a.	-	11.3	23.0	16.3	24.1	7.4	n.a.	12.5	27.1	34.0	10.0	14.4	-	6.8	6.0	8.0	-	13.3	22.4	8.3	15.2	9.7	6.4	16.2	
	Aggregate replacement ratio																																
2014	0.56	0.56	0.57	0.56	0.47	0.44	0.55	0.45	0.47	0.38	0.60	0.60	0.60	0.49	0.40	0.64	0.39	0.44	0.45	0.85	0.62	0.56	0.50	0.60	0.63	0.63	0.64	0.45	0.62	0.51	0.60	0.50	
2013-2014 change in %	-	-	-	-	-	12.8	-	2.3	-4.3	n.a.	-	-	4.5	8.1	3.2	-	-6.4	-6.2	9.0	-	6.4	-	5.0	6.8	-1.5	-2.2	1.6	4.1	3.4	-5.7	-	-	
2008-2014 change in %	n.a.	14.3	16.3	14.3	-	29.4	7.8	n.a.	-	11.1	-22.4	46.3	42.9	6.2	n.a.	25.5	18.2	46.7	-	46.6	-	36.6	16.3	-	12.5	23.5	30.6	-	14.8	-	-	16.3	
	Self reported unmet need for medical care																																
2014	3.6	3.6	n.a.	n.a.	2.4	5.6	1.1	1.4	1.6	11.3	3.7	10.9	0.6	2.8	3.3	7.0	4.7	12.5	3.7	0.8	2.5	1.1	0.6	0.1	7.8	3.5	8.3	0.2	2.1	3.3	1.5	2.1	
2013-2014 change in pp	-	-	n.a.	n.a.	-	-3.3	-	-	-	2.9	-	1.9	-	-	-	-	-	-1.3	-	-	-	-	-	-	-	-	-1.1	-	-	-	-	-	
2008-2014 change in pp	n.a.	-	n.a.	n.a.	n.a.	-9.7	-	-	-	4.0	1.9	5.5	-	-	-	n.a.	1.8	1.9	2.6	-1.8	-	-	-	-	1.8	3.4	-1.5	-	2.5	-	1.1	-	
	Healthy life years at 65+ - males																																
2014	8.6	n.a.	n.a.	n.a.	11.0	8.7	8.5	11.0	6.8	4.9	11.4	7.7	10.1	10.4	6.0	7.8	10.4	4.0	6.1	11.3	6.0	13.3	10.7	8.4	7.5	6.9	5.9	7.8	4.3	8.8	15.2	9.7	
2008-2014 change in %	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	5.8	-	13.3	-8.3	7.9	22.5	22.6	-14.4	-	19.5	n.a.	-	14.3	-16.7	-	5.6	7.1	26.7	8.1	13.5	7.1	-	-33.3	-15.2	43.3	10.0	16.0	-9.3	
	Healthy life years at 65+ - females																																
2014	8.6	n.a.	n.a.	n.a.	11.0	9.6	9.3	12.8	6.7	6.0	12.3	7.1	9.4	10.7	5.8	7.3	8.8	4.6	6.1	10.8	6.1	13.7	10.2	7.7	8.1	5.6	5.7	8.6	3.6	9.3	16.7	10.6	
2008-2014 change in %	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	5.8	-	13.4	-	-	39.5	19.4	-13.5	6.8	5.9	n.a.	-	19.8	-6.1	-7.6	-6.9	-	18.1	5.2	-	5.2	-	-38.7	-4.5	33.3	-	19.3	-9.4	
	Housing cost overburden rate																																
2014	11.4	11.4	11.3	11.3	10.4	12.9	10.5	15.6	15.9	8.3	5.5	40.7	10.9	5.1	7.5	8.5	4.0	9.6	7.1	6.8	12.8	1.6	15.4	6.6	9.6	9.2	14.9	6.4	9.0	5.1	7.8	12.1	
2013-2014 change in pp	-	-	-	-	0.8	-1.4	-1.2	-2.3	-	n.a.	-	3.8	0.6	-	-0.9	-	0.7	-1.8	-1.1	1.1	-1.5	-1.0	-	-0.6	-0.7	0.9	-	-	-	-	n.a.	-	
2008-2014 change in pp	n.a.	-	3.1	3.1	-2.1	-	-2.3	n.a.	n.a.	3.6	2.2	18.5	1.5	-	n.a.	-	2.2	-	2.1	3.1	1.2	-1.7	1.7	-	-	1.6	-3.8	2.0	3.4	-	-	-4.2	
	Real change in gross household disposable income (%)																																
2013-2014 change in %	1.6	n.a.	n.a.	n.a.	0.7	-	n.a.	1.6	1.5	1.4	2.1	0.8	-1.2	0.6	1.2	0.9	-	-12.7	4.1	2.4	n.a.	2.8	n.a.	1.1	-	2.7	-	-21.5	1.4	3.2	-1.0	2.1	0.6
2008-2014 change in %	2.4	n.a.	n.a.	-2.2	-	6.5	-	6.0	4.0	-2.8	-9.1	-32.3	-8.6	3.5	-8.0	-9.6	-21.0	-14.7	-4.9	n.a.	-2.3	n.a.	-	-	-	13.7	3.9	11.5	-5.0	5.4	4.0	16.8	3.6

Anmerkung: i) Nur signifikante Veränderungen sind grün oder rot markiert (positive bzw. negative Veränderungen). "~" steht für eine stabile Leistung (d. h. keine signifikante Veränderung). Soweit sie zur Verfügung standen, wurden Berechnungen von Eurostat zur statistischen Signifikanz der Nettoveränderungen verwendet. Zusätzlich wurde in manchen Fällen auch die materielle Signifikanz geprüft. In den übrigen Fällen wurde für alle prozentualen oder verhältnismäßigsten Indikatoren ein Schwellenwert von 1 Prozentpunkt (0,5 Prozentpunkte für jährliche Veränderungen bei AKE-gestützten Indikatoren) und beim Indikator "gesunde Lebensjahre" ein Schwellenwert von 5 % gemäß dem vom ASP genehmigten SPPM-Methodologie-Papier verwendet (für ausführliche Erläuterungen siehe die nachstehende Tabelle); ii) die Methode zur Schätzung der statistischen Signifikanz der Nettoveränderungen, die auf Regression basiert und von NET-SILC2 (ein von der EU finanziertes Netzwerk aus einer Gruppe von Einrichtungen und Forschern, die Analysen mithilfe von EU-SILC durchführen) entwickelt wurde, wird laufend verbessert; iii) AT: 2011 Unterbrechung der Reihe für anhaltende Armut ("n.a." für den Zeitraum im Vergleich zu 2008); iv) BE: 2011 wesentliche Unterbrechung der Reihe für Indikatoren für materielle Deprivation, sodass die Daten für SMD und AROPE für das letzte Jahr als nicht verfügbar angegeben werden und die Zeitreihe für Indikatoren für materielle Deprivation, sodass die Daten für SMD und AROPE für das letzte Jahr als nicht verfügbar angegeben werden und die Veränderung 2008-2013 für den längeren Zeitraum im Vergleich zu 2008 herangezogen wird; vi) DK: Unterbrechungen der Reihe im Zeitraum 2008-2014, die hauptsächlich Indikatoren für Einkommen und in geringerem Ausmaß Variablen betreffen, die eng mit Einkommen zusammenhängen (in diesen Fällen: "n.a." für den Zeitraum im Vergleich zu 2008); vii) EE: 2014 wesentliche Unterbrechung der Reihe für EU-SILC-Variablen wegen der Anwendung einer neuen Methodik, die auf der Nutzung von Verwaltungsakten beruht. Daher sind für das letzte Jahr keine Veränderungen bei den EU-SILC-gestützten Indikatoren verfügbar, und die Veränderung 2008-2013 wird für den längeren Zeitraum im Vergleich zu 2008 herangezogen; viii) FR: Unterbrechung der Reihe 2014 bei der "Jugendarbeitslosenquote" sowie 2013 und 2014 beim "NEET"-Indikator; ix) HR: Der Langzeitvergleich der EU-SILC-gestützten Indikatoren bezieht sich auf Daten von 2010, da Eurostat davor keine EU-SILC-Daten veröffentlicht hat; x) RO: 2010 Unterbrechungen der Reihe bei AKE-gestützten Indikatoren, daher keine Angabe zu Veränderungen dieser Variablen für den Zeitraum 2008-2015; xi) im Falle des Vereinigten Königreichs haben Änderungen am Erhebungsinstrumentarium und der Erhebungseinrichtung für EU-SILC im Jahr 2012 möglicherweise die Ergebnisse zur Entwicklung seit 2008 beeinflusst; daher ist bei der Auswertung der Daten zur längerfristigen Entwicklung besondere Vorsicht geboten. 2014 Unterbrechung der Reihe bei der Quote der Überbelastung durch Wohnkosten ("n.a." für das letzte Jahr, d. h. die Veränderung im Vergleich zu 2013).

Jüngste Ergebnisse der Auswertung der für 2015 vorliegenden EU-SILC-Daten

Etwa zehn Mitgliedstaaten haben bereits Ergebnisse der EU-SILC-Erhebung von 2015 gemeldet¹¹, während 23 Mitgliedstaaten Vorabschätzungen für den Indikator für starke materielle Deprivation (SMD-Indikator) abgegeben haben. In diesem Abschnitt werden die sich aus diesen neuesten verfügbaren Daten ergebenden Erkenntnisse erläutert. Die nachstehende Tabelle enthält die verfügbaren Zahlen zu Veränderungen bei den SPPM-Indikatoren zwischen 2014 und 2015; wesentliche Veränderungen sind hervorgehoben¹².

Die Ergebnisse für den SMD-Indikator, der als einer der eher frühzeitig verfügbaren Indikatoren des EU-SILC gilt, legen eindeutig nahe, dass die Haushaltseinkommen und finanziellen Bedingungen sich in jüngster Zeit weiter verbessert haben. Die Quote der schweren materiellen Deprivation ist 2014-2015 in 12 der 23 Mitgliedstaaten, für die Zahlen vorliegen, erheblich zurückgegangen und nur in einem erheblich gestiegen. Innerhalb der kleineren Gruppe von Ländern (11) mit Zahlen zum Anteil der Bevölkerung, der in Haushalten ohne (nennenswertes) Erwerbseinkommen lebt, war bei der Hälfte ein erheblicher Rückgang und nur in einem Land eine erhebliche Zunahme festzustellen. Im Gegensatz dazu hat keiner der 11 Mitgliedstaaten einen erheblichen Rückgang der Armutsgefährdungsquote gemeldet, während 2 einen merklichen Anstieg verzeichnet haben.

Nimmt man die Veränderungen bei den verschiedenen Komponenten der Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen (AROPE) zusammen, so ergibt sich für 4 der 10 Mitgliedstaaten, für die Zahlen vorliegen, eine erhebliche Verringerung der AROPE und nur für einen ein erheblicher Anstieg.

¹¹ Diese Angabe bezieht sich auf die Situation Anfang Juli 2016. Zu diesem Zeitpunkt hatten 10 Mitgliedstaaten (AT, BG, DK, EL, ES, FI, HU, LV, NL und PT) Daten für die SILC-gestützten Indikatoren des SPPM übermittelt, wobei auch für HR für viele dieser Indikatoren Daten verfügbar waren. 13 weitere Länder haben Vorabschätzungen für den SMD-Indikator abgegeben, sodass insgesamt zu diesem Zeitpunkt Zahlen für 23 Mitgliedstaaten vorlagen.

¹² Es wurden diejenigen Schätzungen der Signifikanz angewendet, die auch bei der Untersuchung der Veränderungen im Zeitraum 2013-2014 zum Einsatz kamen.

Die Entwicklungen bei den Indikatoren zur derzeitigen Angemessenheit der Renten legen nahe, dass sich der gefestigte Trend zur Verbesserung der relativen Einkommen und der Lebensbedingungen älterer Menschen vielleicht allmählich umkehren könnte, wobei bei den verfügbaren Daten zur aggregierten Ersatzquote und zum relativen Einkommensmedianverhältnis älterer Menschen sowie bei der Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen bei älteren Menschen eher uneinheitliche Entwicklungen festzustellen sind. Allerdings spiegelt dies in gewissem Maße die Wiederanpassung der Einkommensverteilung wider, da sich die Verbesserung der Arbeitsmarktlage durch einen Anstieg der Einkommen für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bemerkbar macht.

Bei vielen anderen EU-SILC-gestützten Indikatoren im SPPM weisen die Länder, für die bereits Zahlen vorliegen, uneinheitliche Ergebnisse auf.

Übersicht über die Veränderungen der vorliegenden EU-SILC-gestützten Zahlen 2014-2015

	2014-2015 change	EU28	EU27	EA18	EA19	BE	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	HR	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE	UK
	At risk of poverty or social exclusion (in %)																																
	2014-2015 change in pp	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	1.2	n.a.	-0.2	n.a.	n.a.	n.a.	-0.3	-0.6	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	-1.8	n.a.	n.a.	-3.6	n.a.	0.3	-0.9	n.a.	-0.9	n.a.	n.a.	n.a.	-0.5	n.a.	n.a.
	At-risk-of-poverty rate (in %)																																
	2014-2015 change in pp	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	0.2	n.a.	0.1	n.a.	n.a.	n.a.	-0.7	-0.1	n.a.	1.0	n.a.	n.a.	1.3	n.a.	n.a.	-0.1	n.a.	0.5	-0.2	n.a.	0.0	n.a.	n.a.	n.a.	-0.4	n.a.	n.a.
	At-risk-of-poverty threshold for a single person household (levels in pps, changes as real change in national currency in %)																																
	2014-2015 change in %	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	1.7	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	11.8	n.a.	n.a.	4.9	n.a.	n.a.	-0.6	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	0.4	n.a.	n.a.	
	Severe material deprivation rate (in %)																																
	2014-2015 change in pp	0.2	0.1	0.4	0.3	-0.1	1.1	-1.5	0.5	n.a.	-1.7	n.a.	0.7	-0.7	-0.3	-0.1	0.4	-2.8	0.3	n.a.	-4.6	-2.1	-0.7	-0.4	-2.3	-1.0	-0.4	-0.8	n.a.	-0.6	n.a.	-1.2	
	Population living in (quasi-) jobless households (in %)																																
	2014-2015 change in pp	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	-0.5	n.a.	-0.6	n.a.	n.a.	n.a.	-0.4	-1.7	n.a.	-0.1	n.a.	-1.8	n.a.	n.a.	-3.4	n.a.	0.0	-0.9	n.a.	-1.3	n.a.	n.a.	n.a.	0.8	n.a.	n.a.	
	Relative median at-risk-of-poverty gap (in %)																																
Intensity of poverty risk	2014-2015 change in pp	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	-2.9	n.a.	3.5	n.a.	n.a.	n.a.	-0.7	2.2	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	1.9	n.a.	n.a.	-0.5	n.a.	0.4	0.4	n.a.	-1.3	n.a.	n.a.	-0.7	n.a.	n.a.	
Persistence of poverty risk	2014-2015 change in pp	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	-0.3	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	1.5	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	-0.7	n.a.	n.a.	-1.4	n.a.	-0.4	0.3	n.a.	1.6	n.a.	n.a.	1.3	n.a.	n.a.	
	Income quintile ratio (\$80/\$20)																																
Income inequalities	2014-2015 change in %	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	4.4	n.a.	0.0	n.a.	n.a.	n.a.	0.0	1.5	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	0.0	n.a.	0.0	n.a.	0.0	0.0	-2.4	n.a.	-3.2	n.a.	n.a.	0.0	n.a.	n.a.	
Child poverty and social exclusion	2014-2015 change in pp	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	-1.5	n.a.	1.2	n.a.	n.a.	n.a.	1.1	-1.4	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	-4.0	n.a.	n.a.	-5.7	n.a.	0.1	-1.0	n.a.	-1.8	n.a.	n.a.	-0.7	n.a.	n.a.	
	Impact of social transfers (excl. pensions) on poverty reduction (%)																																
Effectiveness of social protection system	2014-2015 change in pp	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	2.4	n.a.	-2.3	n.a.	n.a.	n.a.	1.1	-2.0	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	-3.9	n.a.	-1.6	n.a.	-0.0	1.2	n.a.	-0.8	n.a.	n.a.	0.1	n.a.	n.a.		
	At-risk-of-poverty rate for the population living in (quasi-) jobless households																																
	2014-2015 change in pp	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	7.7	n.a.	0.8	n.a.	n.a.	n.a.	0.5	-1.5	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	3.9	n.a.	n.a.	-6.6	n.a.	1.4	-5.0	n.a.	-2.0	n.a.	n.a.	-0.1	n.a.	n.a.	
Social consequences of labour market	2014-2015 change in pp	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	-1.5	n.a.	0.3	n.a.	n.a.	n.a.	0.2	0.6	n.a.	0.2	n.a.	n.a.	1.1	n.a.	n.a.	2.6	n.a.	0.3	0.6	n.a.	0.2	n.a.	n.a.	-0.2	n.a.	n.a.	
	At risk of poverty or social exclusion for the elderly (65+) in %																																
	2014-2015 change in pp	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	4.0	n.a.	-0.9	n.a.	n.a.	n.a.	-0.2	0.8	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	2.8	n.a.	n.a.	-1.9	n.a.	-0.8	-1.7	n.a.	0.6	n.a.	n.a.	n.a.	-2.5	n.a.	n.a.
	Median relative income of elderly people																																
Pension adequacy	2014-2015 change in %	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	-13.4	n.a.	-1.3	n.a.	n.a.	n.a.	4.0	-1.9	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	-8.5	n.a.	n.a.	-3.8	n.a.	0.0	3.2	n.a.	-2.1	n.a.	n.a.	2.5	n.a.	n.a.	
	Aggregate replacement ratio																																
	2014-2015 change in %	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	-6.8	n.a.	0.0	n.a.	n.a.	n.a.	1.7	10.0	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	-4.5	n.a.	n.a.	4.8	n.a.	4.0	3.3	n.a.	-3.2	n.a.	n.a.	2.0	n.a.	n.a.	
	Housing cost overburden rate																																
Access to decent Housing	2014-2015 change in pp	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	1.9	n.a.	-0.5	n.a.	n.a.	n.a.	0.2	-0.6	n.a.	0.0	n.a.	n.a.	-1.5	n.a.	n.a.	-4.3	n.a.	0.2	-0.2	n.a.	-0.1	n.a.	n.a.	-0.2	n.a.	n.a.	

Anmerkung: i) Nur signifikante Veränderungen sind grün oder rot markiert (positive bzw. negative Veränderungen). "n.a." bezieht sich auf (noch) nicht vorliegende Daten. Soweit sie zur Verfügung standen, wurden Berechnungen von Eurostat zur statistischen Signifikanz der Nettoveränderungen verwendet. Zusätzlich wurde in manchen Fällen auch die materielle Signifikanz geprüft. In den übrigen Fällen wurde für alle prozentualen Indikatoren ein Schwellenwert von 1 Prozentpunkt beziehungsweise für verhältnismisgestützte Indikatoren ein Schwellenwert von 5 % verwendet; ii) die Methode zur Schätzung der statistischen Signifikanz der Nettoveränderungen, die auf Regression basiert und von NET-SILC2 (ein von der EU finanziertes Netzwerk aus einer Gruppe von Einrichtungen und Forschern, die Analysen mithilfe von EU-SILC durchführen) entwickelt wurde, wird laufend verbessert; iii) die SMD-Zahlen für BE, CY, CZ, EE, FR, HR, IT, LT, MT, PL, RO, SI und UK sind vorläufig.

IV. Die wichtigsten neueren sozialpolitischen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten der EU¹³

Soziale Inklusion, Armutsminderung und Inklusion der Roma

Besser funktionierende Sozialschutzsysteme und Verringerung der Armut sind in den von einer Reihe von Mitgliedstaaten beschlossenen politischen Reformen kontinuierlich im Mittelpunkt gestanden. An den nationalen Reformprogrammen (NRP) von 2016 zeigt sich, dass die Mitgliedstaaten Anstrengungen unternehmen, um die Probleme in Bezug auf die Reichweite und Angemessenheit von Sozialleistungen sowie deren Verknüpfung mit der Aktivierung anzugehen. Einige Mitgliedstaaten haben die Einkommensstützung erhöht oder als eine allgemeine Leistung aufrechterhalten; andere haben den Schwerpunkt auf Arbeitslosenleistungen und Sozialhilfe und deren bessere Verknüpfung mit der Aktivierung sowie auf eine bessere Ausrichtung und eine größere Reichweite von Transferleistungen gelegt. Die Mitgliedstaaten unternehmen zudem Anstrengungen zum Aufbau umfangreicher Datenbanken über die Empfänger von Sozialleistungen und -diensten, um so die Kontrolle und die Ausrichtung zu verbessern. Allgemein wurde die Konditionalität verstärkt und in vielen der betroffenen Mitgliedstaaten wurde die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt strenger durchgesetzt.

Mehrere Mitgliedstaaten ergriffen Maßnahmen zur **Erleichterung des Zugangs zu qualitativ hochwertigen Sozialleistungen**, um das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung zu verringern. Einige haben Maßnahmen ergriffen, um **die arbeitsmarktfremsten Personen** bei ihrer Integration in das Arbeitsleben **zu unterstützen** und um die soziale Teilhabe von arbeitsunfähigen Menschen zu gewährleisten. Viele Mitgliedstaaten haben ihre **Reformanstrengungen auf die Bewältigung von Kinderarmut und auf Familienleistungen** ausgerichtet, um insbesondere die Unterstützung für den Zugang der Eltern zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, und sie haben Präventivkonzepte durch frühzeitiges Eingreifen und mehr Unterstützung für Familien gefördert.

Die Bereitstellung integrierter Dienstleistungen, die auf den individuellen Bedarf zugeschnitten sind, erhöht die Effizienz und die Wirksamkeit der Ausgaben. Während einige Mitgliedstaaten bereits integrierte Dienstleistungen und zentrale Anlaufstellen anbieten, mangelt es in anderen an politischer Koordinierung auf nationaler Ebene, was zu einer Fragmentierung und zu Unstimmigkeiten bei der Dienstleistungserbringung führt.

¹³ Ausführliche Übersicht: siehe Anlage 2.

Angemessene und finanziell tragfähige Renten

Die **Reform der Rentensysteme** war in vielen Mitgliedstaaten stets ein wichtiger Bestandteil der Strukturreformagenda. Die meisten Reformen hatten zum Ziel, entsprechend der gestiegenen Lebenserwartung eine längere Lebensarbeitszeit zu fördern, während in anderen Aspekten wie die Angleichung des Renteneintrittsalters von Männern und Frauen oder die Suche nach zusätzlichen Einsparmöglichkeiten im Vordergrund stand. An den nationalen Reformprogrammen von 2016 zeigt sich, dass die meisten Mitgliedstaaten bei der Bewältigung ihrer Probleme Fortschritte machen. Da Rentenreformen kompliziert sind und die Sozialpartner in die Verhandlungen einbezogen werden müssen, werden Reformen häufig im Rahmen eines mehrjährigen Zyklus durchgeführt.

Für die Mehrheit der Mitgliedstaaten hat die **Anhebung des Renteneintrittsalters** Vorrang. Gegenwärtig haben 26 der 28 Mitgliedstaaten Vorschriften über die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters erlassen; neun davon haben geplant bzw. bereits beschlossen, künftige Anhebungen direkt mit einer weiter steigenden Lebenserwartung zu verknüpfen. Zwei Mitgliedstaaten wurde empfohlen, eine Regelung zur Harmonisierung des Renteneintrittsalters von Männern und Frauen vorzuschlagen bzw. zu erlassen. Außerdem wurden vier Mitgliedstaaten aufgefordert, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln, und in einem Fall wurde empfohlen, die Lücke zwischen gesetzlichem und tatsächlichem Renteneintrittsalter zu schließen.

Viele Mitgliedstaaten haben zudem Schritte unternommen, um **Vorruhestandsregelungen einzuschränken**, die Anreize für einen späteren Renteneintritt zu erhöhen und die Berechnung der Leistungen zu ändern. Vor diesem Hintergrund überprüfen derzeit einige Mitgliedstaaten den **Zugang zu Invaliditätsrenten und reformieren die Erwerbsunfähigkeitsregelungen**, um die Teilnahme am Arbeitsmarkt und den Erwerb von Rentenansprüchen zu erleichtern. Andere Mitgliedstaaten konzentrieren sich darauf, die Mindestrentenleistungen anzuheben, um den sozialen Schutz für die Bedürftigsten zu verbessern.

Damit diese Reformen Erfolg haben, müssen weiterhin ergänzende Maßnahmen zur Einkommenssicherung nach dem Renteneintritt ergriffen werden, wie beispielsweise die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Schaffung von Möglichkeiten und Anreizen, durch ergänzende Altersvorsorge ein zusätzliches Ruhestandseinkommen zu bekommen. Einige Mitgliedstaaten kombinieren Maßnahmen zur Reform ihrer Rentensysteme mit Arbeitsmarktinitiativen, die dafür sorgen sollen, dass ältere Arbeitnehmer leichter Arbeit finden, andere entwickeln umfassendere Strategien für ein aktives Altern.

Die wenigsten Fortschritte wurden beim **Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge** erreicht. Nur einige wenige Mitgliedstaaten haben nennenswerte Schritte unternommen, um die Reichweite und Qualität der Zusatzrenten zu verbessern. Im letzten Jahr haben zwei Mitgliedstaaten Maßnahmen ergriffen, um ihre Zusatzrentenregelungen anzupassen, wobei sich ein Mitgliedstaat weiter bemüht hat, die besonderen Rentenregelungen für einige Berufsgruppen an die für andere Arbeitnehmer anzugleichen.

Die jüngsten Reformen haben erheblich dazu beigetragen, die Kosten der Alterung unter Kontrolle zu bringen, sodass die Prognosen der öffentlichen Ausgaben für Pensionen und Renten in der EU28 für 2060, als Anteil am BIP ausgedrückt, nicht über den Ausgaben für Pensionen und Renten von 2013 liegen. Viele Mitgliedstaaten werden voraussichtlich die Kosten für Pensionen und Renten senken, jedoch erhöhen mehrere Mitgliedstaaten nach wie vor die Ausgaben. Reformen zur Eindämmung der sich abzeichnenden künftigen Ausgaben werden jedoch nicht ausreichen, um die langfristige Tragfähigkeit der Rentensysteme sicherzustellen; ebenso wichtig ist es, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Tragfähigkeit und Angemessenheit anzustreben und dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer im Alter über ein angemessenes Einkommen verfügen.

Eine allen zugängliche, hochwertige und finanziell tragfähige Gesundheitsversorgung

Bei den Reformen im Gesundheitsbereich wurde der Schwerpunkt darauf gelegt, die **Kosteneffizienz und die finanzielle Tragfähigkeit der Gesundheitsversorgung** sicherzustellen. Die Bevölkerungsalterung und andere Faktoren wie die hohen Kosten für innovative Technologien und Medikamente gefährden zunehmend die finanzielle Tragfähigkeit der Gesundheitssysteme und die Fähigkeit, eine angemessene medizinische Versorgung für alle bereitzustellen. Die Gewährleistung des allgemeinen Zugangs zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung unter Wahrung der finanziellen Tragfähigkeit der Gesundheitssysteme erfordert verstärkte Anstrengungen zur Erhöhung von Wirksamkeit und Effizienz der Gesundheitssysteme. Aus den NRP von 2016 wird deutlich, dass die meisten Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Lösung der Probleme in Bezug auf Kosteneffizienz und Tragfähigkeit durchführen.

Die meisten Probleme dieser Mitgliedstaaten betreffen die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die ineffiziente Ressourcennutzung, den Zugang bzw. Ungleichheiten beim Zugang zur Gesundheitsversorgung, die Verfügbarkeit von qualifiziertem Gesundheitspersonal, geringe öffentliche Mittel oder schlechte Ergebnisse im Gesundheitsbereich. Darüber hinaus wird auf Mängel bei der Verwaltung des Gesundheitswesens hingewiesen. In mehreren Mitgliedstaaten wurde die Zentralisierung des Beschaffungssystems als wirksame Maßnahme zur Kostenreduzierung bei Medikamenten und medizinischen Hilfsgütern in Angriff genommen. In einigen Mitgliedstaaten wurde die verstärkte Verwendung von Generika als Möglichkeit zur Reduzierung der Ausgaben für Arzneimittel genutzt.

Einige Mitgliedstaaten haben ehrgeizige Reformen des Gesundheitswesens eingeleitet und langfristige Prioritäten für die Gesundheitsversorgung festgelegt. Dies geschieht vielfach im Kontext mehrjähriger umfassender nationaler Gesundheitsstrategien. Desgleichen stellen auch Reformen bei der Krankenhausversorgung, einschließlich der Verknüpfung der Krankenhausfinanzierung mit den Ergebnissen, der Entwicklung der ambulanten Behandlung und der Überprüfung der Beschaffungsregelungen, wesentliche Elemente der Bemühungen der Mitgliedstaaten um die Steigerung der Kosteneffizienz dar. Daher haben einige Mitgliedstaaten Mechanismen eingeführt, mit denen die Effizienz, das Benchmarking und das Ranking von Krankenhäusern gemessen werden.

Zudem haben sich mehrere Mitgliedstaaten bemüht, die Transparenz der Verfahren und die Verfügbarkeit von Informationen zu verbessern, die Patientenrechte zu stärken, die Auswahl der Anbieter von Gesundheitsleistungen zu erhöhen und die Wartezeiten für derartige Leistungen zu verkürzen. Die Beseitigung der Fragmentierung der Dienste und die Neuordnung der Leitungsstrukturen sind weitere Bereiche, in denen bedeutende politische Anstrengungen unternommen werden. Dennoch müssen die in einer Reihe von Mitgliedstaaten eingeleiteten Reformen vertieft werden, um eine tragfähige Finanzierungsgrundlage für die Gesundheitssysteme und einen angemessenen Zugang zu den Gesundheitsdiensten und Krankenversicherungen – auch für die schutzbedürftigsten Bürger – zu gewährleisten.

Angemessener Sozialschutz für Langzeitpflege

Aus den NRP von 2016 geht hervor, dass der Schwerpunkt der politischen Maßnahmen im Bereich der Langzeitpflege hauptsächlich auf der **Verbesserung der Kosteneffizienz** und der Ausräumung von Bedenken hinsichtlich der **Erbringung von und des Zugangs zu Langzeitpflegeleistungen** liegt. Die von einigen Mitgliedstaaten eingeleiteten Maßnahmen zielen darauf ab, diese Herausforderungen durch Strukturreformen zu bewältigen, beispielsweise indem ein Übergang von der institutionellen zur bürgernahen Pflege stattfindet, die Unterstützung für informell Pflegende verstärkt wird und die Strategien für Prävention, Rehabilitation und eigenständige Lebensführung verbessert werden. Es sind jedoch weitere Anstrengungen erforderlich, um die Tragfähigkeit der Langzeitpflege zu gewährleisten und den Zugang zu angemessener, bezahlbarer und hochwertiger Langzeitpflege zu erleichtern. Damit dies erreicht werden kann, sollten sich die Mitgliedstaaten einen proaktiven politischen Ansatz zu eigen machen, um eine eigenständige Lebensführung zu fördern, den Verlust an Autonomie zu verhindern und damit den Bedarf an Langzeitpflegeleistungen zu reduzieren.

V. Zentrale Herausforderungen und positive Ergebnisse im sozialen Bereich: Zusammenfassung der Feststellungen

Aus der SPPM-Untersuchung der zentralen Herausforderungen und positiven Ergebnisse der Mitgliedstaaten im sozialen Bereich, bei der die Entwicklungen von 2011 bis 2014 berücksichtigt wurden¹⁴, geht die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Sozialschutzsysteme in der Europäischen Union während der zweiten Phase der Krise und anfangs der Aufschwungphase hervor.

Verhinderung von Armut und sozialer Ausgrenzung durch inklusive Arbeitsmärkte, angemessenen und tragfähigen Sozialschutz und hochwertige Dienstleistungen

Für die Gesamtbevölkerung der EU28 scheint die Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen (AROPE) in 5 Mitgliedstaaten (BG, EL, HU, PT, RO) eine zentrale Herausforderung zu sein, während in 2 Mitgliedstaaten (AT und CZ) positive Ergebnisse zu verzeichnen waren. Wenn man nur das Euro-Währungsgebiet betrachtet, scheint die Lage besser zu sein: Nur in 2 Ländern des Euro-Währungsgebiets zeigt sich die AROPE als eine zentrale Herausforderung. Eine Untersuchung der untergeordneten Komponenten dieses Indikators ergibt, dass die (relative) Einkommensarmut in 2 Mitgliedstaaten (LV und LU), schwere materielle Deprivation in 4 Mitgliedstaaten (BG, CY, EL und HU) und Haushalte ohne (nennenswertes) Erwerbseinkommen in 5 Mitgliedstaaten (BE, CY, EL, ES und IE) eine zentrale Herausforderung sind. Für die EU28 stellt extreme oder anhaltende Armut in 8 Mitgliedstaaten (BG, EL, ES, HU, LT, PT, RO, SK) eine zentrale Herausforderung dar; 5 dieser Länder gehören dem Euro-Währungsgebiet an. Die Einkommensungleichheit stellt in 5 Mitgliedstaaten (BG, CY, EL, ES und RO), von denen 3 zum Euro-Währungsgebiet gehören, eine zentrale Herausforderung dar.

Die Wohnraumsituation, die sich in Überbelastung durch Wohnkosten oder in wohnungsbezogener Entbehrung widerspiegelt, ist in 7 Mitgliedstaaten (DE, EL, HU, LV, PT, SI, SK) eine zentrale Herausforderung, wobei FI in dieser Hinsicht besonders positive soziale Ergebnisse aufweist, was auch – (insbesondere hinsichtlich der wohnungsbezogenen Entbehrung – für SK gilt.

Bei näherer Betrachtung der Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung für Personen, die sich in prekären Situationen befinden, ergibt die Untersuchung besondere Herausforderungen für Menschen mit Behinderungen (in 14 Mitgliedstaaten – BE, BG, CZ, CY, DE, EE, ES, FI, LT, LV, MT, NL, RO, SE), Roma (in 5 Mitgliedstaaten – BG, ES, HU, RO, SK), Migranten und Flüchtlinge (in 6 Mitgliedstaaten – AT, DE, DK, ES, FR, NL) sowie gering qualifizierte Menschen und Arbeitslose (in 3 Mitgliedstaaten – BE, EE, MT). Im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen sind besonders positive Ergebnisse in AT, FR, LU und SK zu verzeichnen.

¹⁴ Für einige Mitgliedstaaten war diese Zeit besonders schwierig, da sie wirtschafts- und finanzpolitischen Anpassungsprogrammen unterlagen.

Die "Vererbung" von Armut beenden – Bekämpfung der Kinderarmut

Die Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Kinder scheint in 7 Mitgliedstaaten (BG, EL, ES, HU, LU, MT, RO) eine zentrale Herausforderung zu sein, während in FI besonders positive Ergebnisse in dieser Hinsicht zu verzeichnen waren. Eine Untersuchung der untergeordneten Komponenten dieses Indikators ergibt, dass die Einkommensarmut von Kindern in 3 Mitgliedstaaten (ES, LT und LU), schwere materielle Deprivation von Kindern in einem Mitgliedstaat (EL) und der Anteil von Kindern, die in Haushalten ohne (nennenswertes) Erwerbseinkommen leben, in 4 Mitgliedstaaten (BE, CY, HU und IE) eine zentrale Herausforderung sind.

Anhand der Auswirkungen von Sozialtransfers auf die Verringerung der Kinderarmut, der Quote der von Armut bedrohten Kinder, die in Haushalten mit unterschiedlicher Erwerbsintensität leben, und der Armutslucke lässt sich ablesen, wie wirksam der soziale Schutz für Kinder in einem bestimmten Land ist. Auf der Grundlage dieser Indikatoren wurden für 13 Mitgliedstaaten (DE, ES, IT, LT, LU, LV, MT, NL, PL, PT, SI, SK, UK) Herausforderungen im Hinblick auf die Wirksamkeit, in DK und IE hingegen besonders positive Ergebnisse ermittelt. Die Wohnsituation für Kinder scheint in LV und PT eine besondere Herausforderung zu sein.

Aktive Inklusion – Bekämpfung der Armut der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Insbesondere für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zeigt sich die Einkommensarmut in 3 Mitgliedstaaten (ES, IT und PT) und der Anteil der Erwachsenen, die in Haushalten ohne (nennenswertes) Erwerbseinkommen leben, in 5 Mitgliedstaaten (CZ, EE, FI, LT, PT) als zentrale Herausforderung. Die Armut trotz Erwerbstätigkeit stellt in 6 Mitgliedstaaten (DE, EL, ES, IT, LU, RO) eine zentrale Herausforderung dar, während sich in 7 anderen in dieser Hinsicht besonders positive soziale Ergebnisse zeigen (BE, CZ, DK, FI, HR, NL, SI).

Die Wirksamkeit von Sozialleistungen wurde anhand der Auswirkung von Sozialtransfers auf die Verringerung der Armut der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bewertet, insbesondere in Bezug auf Angemessenheit, Reichweite sowie Inanspruchnahme der Sozialhilfesysteme und der Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Anhand dieses Ansatzes wurden in 13 Mitgliedstaaten Herausforderungen im Hinblick auf die Wirksamkeit festgestellt (BG, CY, DE, EL, ES, HU, HR, IT, LT, LV, PL, RO, SK), während immerhin 13 Mitgliedstaaten besonders gute Ergebnisse zu verzeichnen hatten (AT, BE, BG, CZ, CY, DK, EL, FI, FR, HU, IE, MT, SE). Erhebliche Herausforderungen in Bezug auf die Wirksamkeit der Sozialleistungen zeigen sich in 5 Mitgliedstaaten (BG, EE, ES, PT, RO), insbesondere was den Zugang, die Qualität oder die Zusammenarbeit mit den Arbeitsverwaltungen betrifft.

Der inklusive Charakter der Arbeitsmärkte, gemessen an der Armutsgefährdungsquote bei Erwachsenen, die in Haushalten ohne (nennenswertes) Erwerbseinkommen leben, erweist sich in DK, LU, NL und SK als zentrale Herausforderung. Die Wohnsituation der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erscheint in den Niederlanden als problematisch.

Altersarmut/angemessenes Einkommen und Lebensbedingungen älterer Menschen

Was ältere Menschen betrifft, zeigt sich die Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen in 6 Mitgliedstaaten (BG, DE, EE, LT, LV, RO), Einkommensarmut in 4 Mitgliedstaaten (DE, LT, SE, SI) und schwere materielle Deprivation in 2 Mitgliedstaaten (BG und LT) als zentrale Herausforderung. ES und NL haben bei der Bekämpfung der Quote von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohter älterer Menschen besonders gute Ergebnisse aufzuweisen. Dagegen haben BE, CZ, PT und SK besonders schlechte Ergebnisse bei der Einkommensarmut der älteren Menschen aufzuweisen.

Anhand der Auswirkungen von Sozialtransfers auf die Verringerung der Altersarmut, der aggregierten Ersatzquote, des Einkommensmedianverhältnisses und der Armutslucke lässt sich ablesen, wie wirksam die Rentensysteme und allgemeiner der soziale Schutz in einem bestimmten Land älteren Menschen ein Leben in Würde ermöglichen. Auf Grundlage dieser Indikatoren wurden für 9 Mitgliedstaaten (BE, CY, DE, EE, HR, LT, LV, PL und SI) Herausforderungen im Hinblick auf die Wirksamkeit sowie in 6 Mitgliedstaaten (AT, BG, CY, FI, LU und PT) besonders positive Ergebnisse ermittelt. Die Wohnsituation älterer Menschen stellt in 3 Mitgliedstaaten (IT, LU und PT) eine zentrale Herausforderung dar.

Was notwendige politische Reformen angeht, zeigen sich insbesondere Herausforderungen in AT, was die Anpassung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung betrifft, sowie in AT und RO, was die Angleichung des Renteneintrittsalters für Frauen und Männer betrifft.

Gesundheitswesen und Langzeitpflege

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung, der anhand der Lebenserwartung bei der Geburt und mit 65 Jahren sowie der zu erwartenden gesunden Lebensjahre bei der Geburt und mit 65 Jahren bewertet wird, erweist sich für 9 Mitgliedstaaten (BG, EE, HU, HR, LT, LV, PL, RO, SK) als zentrale Herausforderung, wohingegen nur 2 besonders gute Ergebnisse aufweisen (ES und PT). Die Wirksamkeit der Heilbehandlung oder Gesundheitsvorsorge, die anhand potenzieller verlorener Lebensjahre sowie durch Gesundheitsfürsorge und öffentliche Gesundheitsmaßnahmen vermeidbare Sterblichkeit bewertet wird, erweist sich als Herausforderung für 9 Mitgliedstaaten (BG, EE, HU, HR, LT, LV, PL, RO, SK). In 12 Mitgliedstaaten gibt es eine zentrale Herausforderung hinsichtlich des Zugangs zur Gesundheitsversorgung, die anhand von – aufgrund der Kosten, Wartezeit oder Entfernung – nach eigener Aussage nicht erfolgter medizinischer Versorgung ermittelt wurde (BG, CY, EE, EL, HU, IE, IT, LT, LV, PL, PT und RO).

Herausforderungen im Zusammenhang mit der Kosteneffizienz der Gesundheitssysteme beruhen typischerweise auf Problemen bei der Ausgewogenheit zwischen stationärer und ambulanter Behandlung, ineffizienter Mittelzuweisung im Krankenhausbereich, Schwierigkeiten mit Preisgestaltung und Kostenerstattung für Arzneimittel oder unzureichender Verfügbarkeit bzw. Reichweite elektronischer Gesundheitsdienste. In 9 Mitgliedstaaten (AT, BG, CZ, CY, IE, LV, PL, SI und SK) wurden in diesem Bereich zentrale Herausforderungen festgestellt.

Unzureichende Versorgung mit Langzeitpflegeleistungen oder suboptimale Gestaltung des Langzeitpflege-Systems wurde in ES, IT, SI und SK als zentrale Herausforderung ermittelt.

Schlussfolgerungen

Beinahe zwei Drittel der Mitgliedstaaten der EU (18) sehen sich strukturellen Herausforderungen in Bezug auf die Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen für die verschiedenen Altersgruppen gegenüber.

Nach diesen Ergebnissen haben zwar etwa ein Drittel der EU-Mitgliedstaaten bei der Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung eine zufriedenstellende oder gute Bilanz vorzuweisen, doch ungefähr zwei Drittel könnten die Wirksamkeit und Effizienz ihrer Sozialschutzsysteme weiter verbessern, um während allen Lebensphasen Armut und sozialer Ausgrenzung vorzubeugen und davor zu schützen.

Was die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter betrifft, sind fast die Hälfte der Mitgliedstaaten (13) in Bezug auf die Wirksamkeit von Leistungen mit Herausforderungen konfrontiert, während bei einigen anderen die Herausforderungen die Wirksamkeit von Sozialleistungen und den inklusiven Charakter ihrer Arbeitsmärkte betreffen. Nach diesen Ergebnissen sind in zahlreichen Mitgliedstaaten weiterhin politische Reformen nötig, die sich auf einen Ansatz der aktiven Inklusion stützen, bei dem angemessene Einkommensstützung, hochwertige Sozialdienste und Unterstützung für Aktivierungsmaßnahmen zur Förderung der (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt miteinander verbunden werden.

Sozialinvestitionen und vorbeugende Ansätze, etwa bei der Gesundheitsversorgung, der Langzeitpflege, den Sozialdiensten, der Betreuung von Kindern und anderen abhängigen Personen, dem Wohnungsbau und den Rehabilitationsleistungen, sind vonnöten, um die Fähigkeit der Menschen zur aktiven Teilhabe an Gesellschaft und Wirtschaft zu stärken. 28 soziale Herausforderungen in Bezug auf Armut und soziale Ausgrenzung von Personen, die sich in prekären Situationen befinden, etwa Menschen mit Behinderungen, Migranten und Flüchtlinge oder Roma, wurden ermittelt – damit ist klar, dass der inklusive Charakter und die Gerechtigkeit der Sozialschutzsysteme EU-weit eine zentrale Herausforderung ist.

Ferner sind weitere Reformen erforderlich, um die Qualität der und den Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie die Kosteneffizienz der Gesundheitssysteme zu verbessern – in rund einem Drittel der Mitgliedstaaten erweisen sich diese als zentrale Herausforderungen. Der Zugang zu angemessener, bezahlbarer und qualitativ hochwertiger Langzeitpflege, wobei das Gewicht mehr und mehr auf die Vorsorge gelegt wird, hat weiterhin Vorrang. In einigen Mitgliedstaaten sind nach wie vor politische Reformen notwendig, um die Altersrente und ein angemessenes Ruhegehalt zu sichern, das Renteneintrittsalter für Frauen und Männer anzugleichen und das gesetzliche Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung anzupassen.

Übersichtstabelle der zentralen sozialen Herausforderungen und positiver sozialer Ergebnisse 2011-2014¹⁵

Social policy area	Subcategory	EU-28 sum (c)	EU-28 sum (g)	EA sum (c)	EA sum (g)	AT	BE	BG	CZ	CY	DE	DK	EE	EL	ES	FI	FR	HU	HR	IE	IT	LT	LU	LV	MT	NL	PL	PT	RO	SE	SI	SK	UK	
1. Preventing poverty and social exclusion through inclusive labour markets, adequate and sustainable social protection and high quality services	At-risk of poverty and social exclusion for general population (AROPE)	5	2	2	1	g		c	g					c				c											c	c				
	At-risk-of-poverty	2	2	2	1							g											c	c		g								
	Severe material deprivation	4	1	2	1			c		c				c					c						g									
	(Quasi-)jobless households (TLWI)	5	4	5	2		c			c				c	c					c			g	g					g	g				
	Severe poverty and/or inequality for general population																																	
	Severe or persistent poverty (gap, persistence)	8	5	5	3			c	g			g		c	c	g	g	c				c	g						c	c			c	
	Income inequality (S80/S20)	5	4	3	3		g	c	g	c				c	c	g														c		g		
	Housing situation for general population	7	2	6	2						c			c		g			c					c					c		c	g		
	Poverty and social exclusion of persons in vulnerable situations																																	
	Poverty and social exclusion of persons with disabilities	14	4	10	4	g	c	c	c	c	c		g		c	c	g					c	g	c	c	c				c	c		g	
2. Breaking the intergenerational transmission of poverty - tackling child poverty	Poverty and social exclusion of Roma	5	/	2	/			c							c															c		c		
	Poverty and social exclusion of migrants and refugees	6	/	5	/	c					c	c		c		g										c								
	Poverty and social exclusion of low-skilled and unemployed	3	/	3	/		c						c																					
	Regional dimension of poverty and social exclusion	5	/	3	/			c							c		c				c									c				
	At-risk of poverty and social exclusion for children (AROPE)	7	1	4	1			c						c	c	g			c				c		c					c				
	At-risk-of-poverty	3	/	3	/										c								c	c										
	Severe material deprivation	1	/	1	/									c																				
	(Quasi-)jobless households (TLWI)	4	/	3	/		c			c									c		c													
	Effectiveness of social protection for children	13	2	11	1						c	g			c					g	c	c	c	c	c	c	c	c	c			c	c	c
	Housing situation for children	2	/	2	/																				c					c				

¹⁵ "c" steht für Herausforderung; "g" steht für positives soziales Ergebnis.

Social policy area	Subcategory	EU-28 sum (c)	EU-28 sum (g)	EA sum (c)	EA sum (g)	AT	BE	BG	CZ	CY	DE	DK	EE	EL	ES	FI	FR	HU	HR	IE	IT	LT	LU	LV	MT	NL	PL	PT	RO	SE	SI	SK
3. Active inclusion - tackling poverty in working age	At-risk of poverty and social exclusion for working age population (AROPE)	/	1	/	1																	g										
	At-risk-of-poverty	3	1	3	1										c							c						c				g
	Severe material deprivation	/	2	/	1								g																		g	
	(Quasi-)jobless households (TLWT)	5	1	4	/					c			c			c						c						c		g		
	In work poverty	6	7	5	4		g		g		c	g		c	c	g				g		c				g				c		g
	Effectiveness of social benefits	13	13	8	8	g	g	c/g	g	c/g	c	g		c/g	c	g	g	c/g	c	g	c	c	c	c		c			c	c	g	c
	Effectiveness of social services	5	/	3	/			c					c		c													c	c			
	Inclusive labour markets	4	/	3	/							c											c			c						c
	Housing situation for working age population	1	/	1	/																					c						
	Poverty and social exclusion in old age (AROPE)	6	2	4	2			c			c		c		g								c		c		g			c		
4. Elderly poverty/adequate income and living conditions of the elderly	At-risk-of-poverty	4	4	3	3		g		g		c												c					g		c	c	g
	Severe material deprivation	2	2	1	1			c														g	c									
	Effectiveness of social protection in old age	9	6	7	5	g	c	g	c/g	c		c		c		g			c				c	g	c		c				c	
	Aligning the statutory pension age with life expectancy	1	/	1	/		c																									
	Equalising the retirement ages for women and men	2	/	1	/		c																						c			
	Housing situation for the elderly	3	/	3	/																	c		c					c			
	Health status	9	2	4	1			c						c		g			c	c			c		c		c		c/g			c
	Effectiveness of curative or preventive health care	9	2	4	2			c		g				c				g	c	c			c		c		c			c		c
	Access to health care	12	2	8	2	g		c		c				c	c	g			c		c	c	c	c	c		c	c	c			
	Cost-effectiveness of health systems	9	/	6	/		c	c	c	c											c						c				c	c
Long-term care	4	/	4	/											c								c								c	c

Verzeichnis der Anlagen

Folgende Anlagen zum Bericht sind als einzelne Dokumente erhältlich:

Anlage 1: Ausführliche Überprüfung der jüngsten sozialen Entwicklungen in der EU: SPPM-Ergebnisse. Eingehendere Untersuchung der jüngsten sozialen Entwicklungen, gestützt auf eine gründlichere Untersuchung der Trends bei den Indikatoren der SPPM-Übersicht in Verbindung mit zusätzlichen Indikatoren.

Anlage 2: Ausführliche Überprüfung der jüngsten sozialpolitischen Reformen und Initiativen (2015-2016). Überprüfung der jüngsten sozialpolitischen Reformen, gestützt auf die Berichte der Mitgliedstaaten im Rahmen der nationalen Reformprogramme (NRP), der nationalen Sozialberichte und der Berichte über sozialpolitische Strategien sowie im Rahmen der multilateralen Überwachung der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen 2015.

Anlage 3: Die wichtigsten politischen Schlussfolgerungen aus den themenbezogenen Überprüfungen und Begutachtungen durch Fachkollegen (peer reviews) 2015-2016. Hier werden die Schlussfolgerungen und Kernbotschaften der jüngsten Begutachtungen durch Fachkollegen (peer reviews) und eingehenden themenbezogenen Überprüfungen vorgelegt, die unter Federführung des Ausschusses für Sozialschutz durchgeführt wurden.

Anlage 4: Einschlägige Schlussfolgerungen des Rates (Oktober 2015-September 2016). Diese Anlage enthält eine Zusammenfassung der im Laufe des letzten Jahres angenommenen Schlussfolgerungen des Rates zu Themen des Sozialschutzes, unter anderem über die sozialpolitische Steuerung und integrierte Ansätze für die Bekämpfung der Armut.

Anlage 5: SPPM-Länderprofile. Diese Länderprofile enthalten für alle Mitgliedstaaten eine detaillierte Bestandsaufnahme der wichtigsten sozialen Indikatoren je Land, die Fortschritte auf dem Weg zum nationalen Ziel im Bereich Armut und soziale Ausgrenzung 2020, die jüngsten Entwicklungen in einer Reihe ausgewählter Leistungssysteme und die wichtigsten vorrangigen sozialen Herausforderungen sowie positive soziale Ergebnisse, die je Land festzustellen waren.